



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR KULTUS, JUGEND UND SPORT

Nachträglich beantwortete Fragen aus dem Chat und dem sogenannten "Warteraum":

"Herr Stoch, ich hätte mal 'ne Frage ..." zur regionalen Schulentwicklung am 22. Oktober 2013

Hinweis: Die nachträglich beantworteten Fragen des Chats wurden von den Fachabteilungen des Kultusministeriums beantwortet.

Die von Herrn Minister im Live-Chat beantworteten Fragen können im Chat-Protokoll nachgelesen werden. Sie sind nicht in dieser Liste zu finden.

Antworten auf Fragen, die von allgemeinem Interesse sind, werden wir in Kürze noch in dieser Liste aufnehmen. Sollten Sie auch nach den Herbstferien noch keine Antwort auf Ihre Frage vorfinden, können sie sich gerne an unsere Bürgerreferentin wenden: [buengerreferentin@km.kv.bwl.de](mailto:buengerreferentin@km.kv.bwl.de).

Für die Suche nach Ihrer Frage empfehlen wir Ihnen die Tastenkombination Strg + F. Geben Sie Ihr im Warteraum oder Chat gewähltes Pseudonym ein oder ein Stichwort Ihrer gestellten Frage.

FRAGEN	ANTWORTEN
<b>Seymour:</b> Werden die Reformen im Bildungssystem, die oft nur ungenügend geplant und Stückwerk sind und auf dem Rücken der Lehrer ausgetragen werden, vom Ministerium evaluiert? Wenn ja, wie und was geschieht mit den Ergebnissen?	Die Veränderungen, die wir auf den Weg gebracht haben, sind intensiv geplant und mit vielen Akteuren diskutiert worden. Es ist bedauerlich, dass bei Ihnen ein anderer Eindruck vorhanden ist. Das Land Baden-Württemberg beteiligt sich an länderübergreifenden Qualitätsmessungen und wertet auch die von Hochschulen gemachten Untersuchungen genau aus. Die so gewonnenen Ergebnisse fließen dann wieder in den politischen Prozess ein.
<b>Samson:</b> Ab wann gilt für Sie eine Schulform als "integrative" Schulform (welche Kennzeichen hat diese) und kann nur die Gemeinschaftsschule diese Kennzeichen haben oder gibt es Alternativen?v	Die zweite Säule wird durch Herrn Minister so definiert: 1. Säule Gymnasium - 2. Säule "Integratives System" das sich aus den übrigen weiterführenden Schulen entwickelt." Zwischen einer integrativen Schulform und dem integrativen System ist zu unterscheiden.  In BW ist die Gemeinschaftsschule (neben den 3 Gesamtschulen) die einzige integrative Schulform.

<p><b>Uschi:</b> Warum hat man bei den bereits bestehenden GMS "kleine" Einheiten zugelassen, die unter dem Gesichtspunkt der Ressourcen eher nicht effektiv arbeiten?</p>	<p>Als Genehmigungsvoraussetzung gilt die Päd. Konzeption und die Mindestschülerzahl. In der 3. Tranche wird im Rahmen der Gesetzgebung zur regionalen Schulentwicklung die Zahl 40 (langfristige Schülerprognose) zur Voraussetzung gemacht. In den Tranchen 1 und 2 galt bisher 2-zügig, also 29 +x.</p>
<p><b>Andro Meda:</b> Muss "an jedem Kirchturm" eine Gemeinschaftsschule mit Mindestschülerzahl auch dann entstehen, wenn es in zumutbarer Entfernung bereits leistungsfähige Gemeinschaftsschulen gibt, die "noch Luft" haben?</p>	<p>Das kann nicht pauschal beantwortet werden. Es hängt von vielen Faktoren, die im Rahmen des öffentlichen Bedürfnisses geprüft werden müssen, insbesondere von den konkreten Verhältnissen vor Ort und im Umfeld sowie von der langfristigen Schülerzahlentwicklung, den bestehenden ÖPNV-Verbindungen und den vorhandenen Schulraumbeständen ab. Die Schüler können jedenfalls nicht doppelt zugerechnet werden.</p>
<p><b>Uschi:</b> Wer garantiert den Erfolg des angeblich "anderen" Unterrichts in der GMS?</p>	<p>Aus Sicht des KM ist die Sicherung der Qualität aller Schule von hoher Bedeutung. Die Gemeinschaftsschule werden bereits seit dem laufenden SJ wissenschaftlich begleitet. Federführend ist die UNI Tübingen.</p>
<p><b>Sonne:</b> Wie steht es um die Entwicklung kleiner Grundschulen, auch im Hinblick auf die Weiterentwicklung zu Ganztageschulen ?</p>	<p>Den demografischen Wandel haben wir im Blick - die Kinder auch - genauso wie jede einzelne kleine Gemeinde. Gemeinsam tragen wir Verantwortung für die Zukunft. "Kurze Beine - kurze Wege" ist unser Motto. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist selbstverständlich auch im ländlichen Raum ein Thema. Weil der Schulträger im ländlichen Raum genau weiß, wo die Bedarfe sind, wird er dort eine Ganztageschule beantragen, wo sie gebraucht wird.</p> <p>Die Landesregierung legt einen Arbeitsschwerpunkt auf die Weiterentwicklung der Grundschulen zu Ganztageschulen. Dazu wird derzeit ein Konzept entwickelt und mit den Partnern (kommunale Landesverbände, weitere außerschulische Partner, Verbände, Vereine, Organisationen) abgestimmt. Ziel ist eine qualitative Weiterentwicklung der Grundschulen.</p>
<p><b>Lehrerinaus Leidenschaft das war einmal:</b> Warum hat man die Grundschulempfehlung abgeschafft, bevor es eine wirkliche Gemeinschaftsschule gibt inkl. Gymnasium? Die jetzige "Bildungsgerechtigkeit" schafft nur Verlierer, wenn schon nach Klasse 5 11 Kinder von 24 sitzen bleiben - so geschehen bei uns an der Realschule - leider keine Ausnahme!</p>	<p>Die neue Landesregierung hat mit der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung die Rechte der Eltern gestärkt und damit ihre Verantwortung für die richtige Wahl der weiterführenden Schule. Damit sich Eltern gut orientieren können, wurden die Beratungsangebote intensiviert. Was keiner will, zuletzt die Eltern: Dass die Kinder Misserfolgserlebnisse haben und scheitern.</p>
<p><b>Frau Loch:</b> Wie möchten Sie den Lehrern, die sich in die Gemeinschaftsschule einarbeiten, ihre immense Einarbeitungszeit vergüten?</p>	<p>Die Übernahme einer neuen Aufgabe ist in der Anfangsphase in der Regel mit einer gewissen Mehrbelastung verbunden. Ein entgeltlicher Ausgleich ist jedoch nicht möglich.</p>
<p><b>Fragesteller:</b> An vielen Stellen wird</p>	<p>Die Förderung der außerschulischen Jugendbildung inkl. per-</p>

<p>von der Vernetzung mit dem Gemeinwesen und mit der Jugendarbeit gesprochen. Welche Ressourcen können wir denn der Jugendarbeit anbieten, damit sie uns bei der Ausgestaltung der Ganztagschule unterstützt? Das Jugendbegleiterprogramm ist zu wenig!</p>	<p>soneller und struktureller Ausstattung ist Aufgabe des Sozialministeriums. Die Landesregierung hat im Zukunftsplan Jugend bis 2016 insg. 10 Mio. Euro zusätzlich für diesen Bereich bereitgestellt. Der Zukunftsplan Jugend beschäftigt sich außerdem mit Fragen der Kooperation von Jugendarbeit und Schule (Weiterentwicklung). Die Ganztagschule ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und Herausforderung, bei der die außerschulischen Partner eine wichtige Rolle spielen. Sie sind bereits in den Entwicklungsprozess eingebunden.</p>
<p><b>EB-JLS:</b> Gute Tag Herr Stoch, warum wurde das Verfahren nicht vor der Einführung der Gemeinschaftsschulen eingesetzt?</p>	<p>Diese Frage wurde unklar gestellt und konnte nicht beantwortet werden</p>
<p><b>Susi:</b> Ist es sinnvoll, kleine funktionierende und anerkannte Hauptschulen zu schließen und dafür immer mehr Schulsozialarbeiter an den großen, unüberschaubaren und wenig schülergerechten Schulen einzustellen?</p>	<p>Jugendsozialarbeit an Schulen hängt nicht von der Größe der Schule ab, sondern davon, ob soziale Benachteiligungen ausgeglichen und individuelle Problemlagen bewältigt werden müssen. Dies kann an kleinen Schulen genauso gelingen wie an großen Schulen. Evtl. ergeben sich sogar bessere Möglichkeiten an größeren Schulen</p>
<p><b>EB-JLS:</b> Guten Tag Herr Stoch, eine Werkrealschule stellt einen Antrag auf Gemeinschaftsschule. Links und rechts jeweils ein Ort mit großem Schulzentrum das aus allen Nähten platzt, so dass ein Teil der Schüler in andere Gebäude ausgelagert werden müssen. Der Antrag wurde abgelehnt. Wie kann das sein?</p>	<p>Ohne weitere Details zu dem konkreten Fall kann hierzu nicht Stellung genommen werden.  Grundsätzlich: Für eine erfolgreiche Genehmigung müssen die Kriterien des Päd. Konzepts erfüllt sein, die Mindestschülerzahl in der langfristigen Prognose vorhanden sein, sowie die baulichen Voraussetzungen durch den Schulträger.</p>
<p><b>gisonni.thomas:</b> Wenn als Kriterium für die Genehmigung einer GMS 40 Schüler angesetzt wird, werden in Zukunft die Standorte extrem reduziert. Warum genügt in diesen Fällen nicht einfach die Zweizügigkeit?</p>	<p>Das Ziel, leistungsstarke und ressourceneffiziente Schulstandorte zu sichern, lässt sich nur mit stabil mindestens zweizügigen Schulstandorten verwirklichen. Die Neueinrichtung weiterführender allgemeinbildender Schulen ist künftig deshalb nur noch dann möglich, wenn für die Schule langfristig mindestens 40 Schülerinnen und Schüler in der Eingangsstufe prognostiziert werden können. Wegen des notwendigen differenzierten Angebots liegt die Mindestzahl bei der Neueinrichtung von GY und der Sekundarstufe II der Gemeinschaftsschule bei 60. Zudem ist es an sehr kleinen Schulen beispielsweise kaum möglich, kurzfristig ausfallende Lehrkräfte sinnvoll zu vertreten und so Unterrichtsausfall zu vermeiden.</p>
<p><b>Franz Zeh:</b> Warum werden an kleine GS im ländl. Raum die Voraussetzungen für die GT-Schule nicht angepasst? Kleine Schulen (&lt; als 100 Kindern) erreichen die geforderten</p>	<p>Das für das Schuljahr 2014/2015 geplante neue Ganztagschul-Konzept soll auch kleineren Grundschulen neue Möglichkeiten für einen Ganztagschul-Betrieb eröffnen. Hierzu sind aber die derzeit laufenden politischen Beratungen und Abstimmungsverfahren abzuwarten.</p>

<p>Zahlen nur schwer, bekommen so keine GT-Stunden / können nicht mit den größeren Schulen konkurrieren. Werden Dorfschulen doch ausgeblutet?</p>	
<p><b>Christian Geist:</b> Wie soll sich Ihrer Meinung nach G8/G9 entwickeln? Wo stehen wir bzgl. dieser Frage in 5 Jahren?</p>	<p>Neben dem achtjährigen Bildungsgang haben wir 44 G9-Modellschulen landesweit im Schulversuch. Es wird in dieser Legislaturperiode bei diesen 44 Standorten bleiben, darauf haben sich die Regierungsparteien geeinigt. Die Rückmeldungen, die ich erhalte, sehen auch so aus, dass an vielen Standorten die Eltern zufrieden mit dem achtjährigen Bildungsgang sind.</p> <p>Auf der anderen Seite ist die Nachfrage an unseren G9-Schulen nach einem neunjährigen Bildungsgang sehr groß: Über 90 % der Eltern haben an diesen Schulen ihr Kind für den G9-Zug angemeldet.</p> <p>Wie gehen wir mit dieser Situation um? Wir wollen, dass es mittelfristig ausreichend viele Alternativen gibt, neben dem achtjährigen Gymnasium in einem anderen Zeitkorridor zum Abitur zu kommen. Zu nennen sind hier die Gemeinschaftsschulen, die einen neunjährigen Bildungsgang zum Abitur ermöglichen und auch der Weg über die beruflichen Gymnasien. Bei letzteren haben wir zusätzliche Eingangsklassen geschaffen.</p>
<p><b>Lehrerin:</b> Warum muss eine GS, die gerne komplett auf Ganztagsbetrieb umstellen möchte, auf Wunsch einzelner Eltern weiterhin Halbtagsklassen führen? (Betrifft GS mit mehreren umliegenden GS)</p>	<p>Die Teilnahme am Ganztagsschul-Betrieb ist freiwillig, damit wird das Erziehungsrecht der Eltern aus Art. 6 GG gewahrt. Die Schaffung von Betreuungsangeboten für Kinder ist kommunale Aufgabe. Die Entscheidung, ob und in welchem Umfang Betreuungsangebote eingerichtet werden, liegt bei den Kommunen.</p> <p>Derzeit besteht die Möglichkeit, dass einzelne Züge, Klassenstufen oder die ganze Schule am Ganztagsbetrieb teilnehmen. Dies hängt vom Bedarf und dem Anmeldeverhalten der Eltern ab.</p>
<p><b>Felix Qu:</b> Warum müssen sich nicht auch die Realschulen, in denen bereits jetzt schon eine große heterogene Schülerschaft beschult wird, mit klaren politischen Rahmenbedingungen und einer zeitlichen Vorgabe zur Weiterentwicklung einer GMS bekennen?</p>	<p>Grundsätzlich: Die Landesregierung hat mit der Gemeinschaftsschule ein Angebot gemacht. Das wird von immer mehr Schulträgern angenommen. Die Landesregierung will die Realschule aber nicht abschaffen. Wir wollen ein Zwei-Säulen-System mit einerseits dem Gymnasium und andererseits einem integrativen Bildungsweg, der sich aus den übrigen weiterführenden Schularten entwickelt. Das bedeutet für die Realschulen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Realschulen entwickeln sich zu <u>Gemeinschaftsschulen</u> weiter, sofern sie für eine Antragsstellung gut vorbereitet sind und ein entsprechendes pädagogisches Konzept vorweisen können.</li> </ol>

	<p>2. Realschulen stellen sich der veränderten Situation im Bildungssystem, indem sie sich <u>als Realschulen</u> weiterentwickeln.</p> <p>Das Konzept der GMS in BW verfolgt ein sehr konsequentes Konzept im Umgang mit Heterogenität, in individualisierten und kooperativen Lernformen. Dazu brauchen die Lehrkräfte und Schulen Zeit, sich darauf einzustellen.</p>
<p><b>Emmi:</b> Warum werden Mini-Grundschulen nicht zu größeren Einheiten in GT-Grundschulen zusammengefasst ? Die Lehrkräfte an diesen Schulen könnten dann effektiver in Förder- und Inklusionsmaßnahmen sowie in Teamteaching arbeiten?</p>	<p>Es gilt der Grundsatz "Kurze Beine kurze Wege". Eine Zusammenfassung von Grundschulen zu größeren Einheiten könnte sich hier zum Nachteil auswirken. Förder- und Inklusionsmaßnahmen können auch in Kooperation von mehreren Schulen angeboten werden.</p> <p>Was heißt Mini-Grundschulen? Gehen dort 80 oder 100 Schülerinnen und Schüler hin? Es kommt immer darauf an, wie die genaue Situation ist, d.h. wie viele Kinder betroffen sind, wie viele Familien, wie weit die nächste Grundschule ist, wie Kinder im Alter von 6 bis 10 Jahren dorthin kommen, ob diese nächst gelegene Grundschule genügend Räumlichkeiten hat, ob Baumaßnahmen nötig sind und und und.</p>
<p><b>GMS:</b> Wieviele Gemeinschaftsschulen könnte sich das Land, zu den heute geltenden Konditionen (Klassenteiler, Sachkostenbeiträge) denn überhaupt leisten? bzw. will Sie sich leisten?</p>	<p>Die Einrichtung von Gemeinschaftsschule ist durch die Gewährung von Sachkostenbeiträgen nicht limitiert. Für alle Schüler weiterführender Schulen wird ein Sachkostenbeitrag gewährt, so dass es unter dem Gesichtspunkt der Sachkostenbeiträge letztendlich nicht darauf ankommt, welche Schulart besucht wird. Übergangsweise erhalten die Träger der Gemeinschaftsschule einen Sachkostenbeitrag in gleicher Höhe wie für Hauptschulen/Werkrealschulen. Sobald belastbare Kostenauswertungen vorliegen, wird der Sachkostenbeitrag für die Gemeinschaftsschule unter Berücksichtigung der tatsächlichen Kosten neu festgesetzt.</p>
<p><b>Jobi:</b> Warum wird die gesellschaftspolitische und sozialetische Bedeutung der GMS nicht stärker betont, statt sie über Unterrichtsmethoden zu definieren, die in allen Schularten dringend erforderlich sind?</p>	<p>Dies wird auch betont. Gemeinschaftsschulen bietet ein Mehr an soziale Gerechtigkeit und ein Mehr gemeinsames Lernen. Die Gemeinschaftsschule ist somit auch ein Beitrag dazu, den Zusammenhang von Bildungserfolg und sozialer Herkunft zu entkoppeln.</p>
<p><b>karlfriedrich:</b> Ist das Anpreisen von größeren Schuleinheiten nicht in erster Linie ein Sparmodell? Ich halte ein familiäre Schulgröße von ca. 200 Schülern für ideal und kann nicht verstehen, warum man dies totredet (außer um durch größere Klassen usw zu sparen).</p>	<p>Das Ziel, leistungsstarke und ressourceneffiziente Schulstandorte zu sichern, lässt sich nur mit stabil mindestens zweizügigen Schulstandorten verwirklichen. Die Neueinrichtung weiterführender allgemeinbildender Schulen ist künftig deshalb nur noch dann möglich, wenn für die Schule langfristig mindestens 40 Schülerinnen und Schüler in der Eingangsstufe prognostiziert werden können. Wegen des notwendigen differenzierten Angebots liegt die Mindestzahl bei der Neueinrichtung von GY und der Sekundarstufe II der Gemeinschaftsschulen bei 60. Zudem ist es an sehr kleinen Schulen beispielsweise kaum</p>

	möglich, kurzfristig ausfallende Lehrkräfte sinnvoll zu vertreten und so Unterrichtsausfall zu vermeiden.
<b>Linde:</b> Warum lassen Sie die Schulen alleine mit dem Problem, dass immer mehr (auch deutsche) Kinder und Jugendliche nicht am Religionsunterricht der beiden Kirchen teilnehmen und deshalb beaufsichtigt werden müssen? Wo bleibt der Ethikunterricht ab Klasse 1?	<p>Wegen Haushaltslage: Nicht alles Wünschenswerte - und dazu zählt für die Landesregierung auch der Ausbau des Ethikunterrichts - kann derzeit angegangen werden. Für den Ausbau des Ethikunterrichts werden ca. 900 Deputate benötigt.</p> <p>Konzentration auf zentrale Projekte erforderlich. Hierzu zählen die Einführung der Gemeinschaftsschule (Längeres Gemeinsames Lernen), die Stärkung frühkindlicher Bildung und Förderung sowie der Ausbau von Ganztagsschulangeboten. Das sind Vorhaben, die dazu beitragen, den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg zu überwinden. Daher Priorität.</p> <p>Wenn Haushaltslage besser, dann Ausbau Ethikunterricht.</p>
<b>Gagamel:</b> Können Sie garantieren, dass die Schulform Gymnasium in ländlichen Räumen Baden-Württembergs (z.B. des Schwarzwaldes) an den jetzt bereits bestehenden Standorten erhalten bleibt?	Die Eckpunkte zur regionalen Schulentwicklung sehen vor, dass bei weiterführenden allgemein bildenden Schulen, die die Mindestschülerzahl von 16 in der Eingangsklasse unterschreiten, eine regionale Schulentwicklung initiiert wird. Wird in zwei aufeinander folgenden Schuljahren diese Mindestschülerzahl in der Eingangsklasse nicht erreicht und wird der Schulträger innerhalb dieses Zeitraums nicht tätig, ist die Schule dann aufzuheben, wenn ein entsprechender Bildungsabschluss in zumutbarer Erreichbarkeit angeboten wird.
<b>kmi2013:</b> Guten Tag, unsere Kinder sollen zuerst durch uns, den Eltern, erzogen werden. Eine verpflichtende Ganztagesesschule widerspricht diesem im Grundgesetz verbrieften Recht. Wie gewährleisten Sie uns die Einhaltung dieses Anspruches? Vielen Dank im Voraus für Ihre Antwort.	Die Teilnahme am Ganztagsschul-Betrieb ist freiwillig, damit wird das Erziehungsrecht der Eltern aus Art. 6 GG gewahrt. Vor diesem Hintergrund soll jede Schule bezogen auf die konkrete Situation vor Ort und auf die Belange der Schüler einen Gestaltungsspielraum nutzen können.
<b>Eva-Luatorin:</b> Sehr geehrter Herr Stoch, wäre es nicht kostengünstiger und effektiver, zum Vorantreiben der Schulentwicklung Regionalteams zu installieren, die mit Evaluatoren, Prozessbegleitern und Schulräten besetzt werden?	Die Eckpunkte zur regionalen Schulentwicklung sehen vor, dass die regionale Schulentwicklung anlassbezogen erfolgt. Der konkrete Zuschnitt der jeweiligen Raumschaft ist dabei abhängig vom gestellten Antrag. Um den unterschiedlichen Gegebenheiten und Situationen in Baden-Württemberg Rechnung zu tragen, hat sich die Landesregierung gegen eine zentrale Überplanung der Schullandschaft "von oben" entschieden. Die Implementierung von Regionalteams für vordefinierte Regionen würde diesem Ansatz entgegenstehen. Das Verfahren der regionalen Schulentwicklung setzt auf die Erreichung eines kommunalen Konsens und sieht die Einbeziehung aller Berührten innerhalb einer Raumschaft vor. Dabei ist in allen Phasen des Verfahrens eine Beratung durch die Schulaufsichtsbehörde vorgesehen. Wie die Beteiligten vor Ort den Prozess ausgestalten, ist von diesen zu entschei-

	den.
<b>Coracio:</b> Welche Chance haben Schüler im gymnasialen Zweig einer Gemeinschaftsschule, Latein zu lernen? Welche Fremdsprachen sind dort als 3. Fremdsprachen vorgesehen?	<p>Die Gemeinschaftsschule hat keine Züge und deshalb auch keinen gymnasialen Zweig; Lateinangebote sind für den Regelbetrieb nicht vorgesehen.</p> <p>Die Frage der 3. Fremdsprache wird im Zuge der Erarbeitung der Gemeinschaftsschul-Verordnung für die Klassen 8-10 geregelt werden.</p>
<b>Crkaschub:</b> Wann werden endlich entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention alle Schule durch notwendige Ressourcen in die Lage versetzt inklusiv zu arbeiten, also alle Schüler/Schülerinnen aufzunehmen, zu fördern und zu fordern?	<p>Es ist unser Ziel, dass jede Schule befähigt wird, inklusiv zu arbeiten. Junge Menschen mit Behinderung sollen zukünftig selbstverständlich an allgemeinen Schulen in Baden-Württemberg lernen können. Allerdings ist dies nicht von heute auf morgen und nicht gleich an jedem Schulstandort mit der gleichen Qualität zu realisieren. Dieser Entwicklungsprozess benötigt seine Zeit. Insofern gilt es nun, mit der Schulgesetzänderung einen Rahmen zu stecken, der die entsprechende Entwicklungsrichtung vorgibt.</p> <p>Es geht in dieser Diskussion nicht um das OB sondern um das WIE; klar ist auch, dass Inklusion nicht ohne zusätzliche Ressourcen geht, sowohl in der Sonderschule wie auch in der allg. Schule; es bedarf auch der Klärungen mit den KLV; Inklusion ist gesamtgesellschaftliche Aufgabe und alle beteiligten Partner müssen ihren Beitrag leisten</p>
<b>Johann:</b> Zumutbare Entfernung ist ein ein dehnbarer Begriff. Warum benachteiligen Sie den ländlichen Raum durch starre Vorgaben von Schulgrößen? Folge: z.B. die Alb wird entleert von Sekundarschulen trotz anerkannt guter pädagogischer Arbeit im überschaubaren Rahmen, dafür Stress in überfüllten Bussen.	<p>Das Ziel, leistungsstarke und ressourceneffiziente Schulstandorte zu sichern, lässt sich nur mit stabil mindestens zweizügigen Schulstandorten verwirklichen. Die Neueinrichtung weiterführender allgemeinbildender Schulen ist künftig deshalb nur noch dann möglich, wenn für die Schule langfristig mindestens 40 Schülerinnen und Schüler in der Eingangsstufe prognostiziert werden können. Wegen des notwendigen differenzierten Angebots liegt die Mindestzahl bei der Neueinrichtung von GY und der Sekundarstufe II der Gemeinschaftsschule bei 60.</p> <p>Zudem ist es an sehr kleinen Schulen beispielsweise kaum möglich, kurzfristig ausfallende Lehrkräfte sinnvoll zu vertreten und so Unterrichtsausfall zu vermeiden.</p> <p>Eine konkrete zeit- oder kilometerbezogene Definition der zumutbaren Erreichbarkeit ist nicht möglich. Es muss immer auf die konkrete Situation vor Ort abgestellt werden (geografische Gegebenheiten, ÖPNV-Verbindungen, etc.). Diese landesweit vielfältigen Rahmenbedingungen können nicht abstrakt pauschaliert werden. Die zumutbare Erreichbarkeit ist bereits bisher ein zentraler Aspekt bei der Einrichtung von Schulen.</p>
<b>Montag:</b> "Dabei sollen die Kinder in allen Schulen individuell so gefördert werden, dass sie ihre Potentiale voll ausschöpfen können." Von diesem Vorhaben sind wir Lichtjahre entfernt, die Misere beginnt schon in der	<p>Es ist besonders wichtig für uns, die individuelle Förderung der Kinder und Jugendlichen auf eine stabile Grundlage zu stellen. Deshalb wollen wir Stunden im Ergänzungsbereich künftig vor allem an den Grundschulen absichern.</p> <p>Der Bereich der Förderstunden soll künftig zudem in den Pflichtbereich übernommen werden.</p>

<p>Grundschule, wie wollen Sie dies tatsächlich verwirklichen?</p>	<p>Mit dem Ausbau der Ganztagschulen bei den Grundschulen werden wir ab dem kommenden Schuljahr fortfahren, um mehr Bildungsgerechtigkeit zu erreichen.</p> <p>Seit dem Schuljahr 2013/2014 erhalten als weitere Maßnahme Lehrkräfte an Realschulen durch die Zuweisung zusätzlicher Deputate Spielraum, um auf die Stärken und Schwächen jedes einzelnen Schülers einzugehen und ihn gezielt zu fördern. Dies gilt auch für die Gymnasien.</p> <p>Zudem wird das Thema der Individuellen Förderung im Rahmen der Konzeption "Lernen im Fokus der Kompetenzorientierung - Individuelles Fördern durch Beobachten - Beschreiben - Bewerten - Begleiten" über die Lehrkräftefortbildung transportiert.</p>
<p><b>Cjames12:</b> Wird es nächstes Jahr eine Wirtschaftsoberschule in Freiburg geben die einzigste ist in Waldkirch und der weg dahin ist nicht grad der idealste ganz anders siehts bei den Schulformen der Technischen und Sozialen Oberschule aus die gibt es in Freiburg die Zental gelegen sind.</p> <p><b>Cjames :</b> Meine Frage es geht um die Schulform Wirtschaftsoberschule ob diese Schulform auch in Freiburg eingeführt wird da es sie momentan nur in Waldkirch gibt und der weg dahin ist nicht grad der idealste im gegensatz zur technischen und sozialen oberchule diese beiden Schulformen gibt es in Freiburg</p>	<p>Bis zum Schuljahr 2011/12 gab es eine Wirtschaftsoberschule (WO) in Freiburg. Im Rahmen einer Regionalplanung wurde in Absprache zwischen der Stadt Freiburg, dem Landkreis Emmendingen und dem RP Freiburg die WO nach Waldkirch verlegt. (Entfernung von Freiburg nach Waldkirch = 16 km mit ÖPNV in 20 - 30 Minuten erreichbar.)</p>
<p><b>Weihnachten2013:</b> Aktuell aus einem neusten Schulleistungsvergleich: "Schüler aus BaWü sind nur Mittelmaß in Mathematik und Naturwissenschaften, die Kopplung zwischen sozialen Herkunft und schulischer Leistung im Südwesten ist mit am höchsten." Hier herrscht absoluter Handlungsbedarf.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• die Reduzierung des Zusammenhangs zwischen Herkunft und Bildungserfolg ist ein Ziel der Landesregierung, das schon im Koalitionsvertrag festgehalten ist</li> <li>• für ein gerechteres Bildungssystem müssen entlang der Bildungsbiografie sowohl die Lernbedingungen förderlich gestaltet, als auch die Übergänge im Bildungssystem optimiert werden</li> </ul> <p>Expertenrat "Herkunft und Bildungserfolg" unter der Leitung von Professor Baumert hat Empfehlungen zu Maßnahmen vorgelegt, die im Kern auf die individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen, insbesondere auch aus bildungsfernen Familien und mit Migrationshintergrund, abzielen Maßnahmen sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• früh einsetzende Förderung der Sprach- und Lesekompetenz (z.B. SPATZ)</li> <li>• "Pakt für Familien mit Kindern" zur Unterstützung der</li> </ul>



	<p>Kommunen bei der Verbesserung der Kleinkindbetreuung, Beteiligung des Landes an der Schulsozialarbeit und zusätzliche Mittel für Sprachfördermaßnahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• alle Schulen haben ein Sprachförderkonzept entwickelt, das neben einer gezielten Förderung eine differenzierte Sprachstanderhebung vorsieht</li> <li>• Vorbereitungsklassen und Vorbereitungskurse für Schülerinnen und Schüler mit Sprachförderbedarf</li> <li>• HSL-Maßnahmen</li> <li>• zahlreiche schulartspezifische Maßnahmen zur individuellen Förderung an allen weiterführenden Schulen (z. B. 4B)</li> <li>• Ausbau der Ganztagschulen mit der Chance, die Integration zu verbessern und soziale und kulturelle Unterschiede zu überwinden</li> </ul>
<p><b>Daniel Cicak:</b> Hallo, Ich gehe in die 10 Klasse und mache dieses Jahr meinen Abschluss der Realschule. Jetzt kommt die Gemeinschaftsschule in ganz BW. Bei der diesjährigen Schulvergleichsstudie schneidet BW jetzt schlechter ab. Wird mein Bildungsabschluss weniger wert?</p>	<p>Die Realschule ist eine akzeptierte Schulart. Nach der zentral gestellten Realschulabschlussprüfung stehen Ihnen nach wie vor verschiedene Wege zum Beruf und zum Abitur offen.</p>
<p><b>klh:</b> GMS Lehrer unterrichten nach RS Bildungsplan, sollen die Qualifikation eines HS-Lehrers, eines RS-Lehrers und eines GYMnasiallehrers besitzen und deren Arbeit leisten - alles differenziert und individuell - WARUM werden sie nicht wenigstens wie RS Lehrer bezahlt??????? Das ist nicht motivierend</p>	<p>Bei der Zuordnung eines Amtes einer Lehrerlaufbahn (Grund- und Hauptschullehrer bzw. Realschullehrer) zu einer Besoldungsgruppe (hier A 12 oder A 13) ist nicht nur auf die konkret auszuübende Tätigkeit abzustellen, sondern auch auf die Ausbildung der Lehrkräfte, die bei den Grund- und Hauptschullehrern bzw. Realschullehrern differiert.</p>
<p><b>Herr Klautke:</b> Welche Sprachzüge werden auf gymnasialem Niveau an den Gemeinschaftsschulen eingerichtet? Kann man dort auch Latein lernen?</p>	<p>An der Gemeinschaftsschule gibt es grundsätzlich keine Züge, weil dies dem Gedanken der Gemeinschaftsschule widerspricht; es gibt Englisch und Französisch als 1. und 2. FS. Die Frage einer 3. FS wird im Zuge der Erarbeitung der Gemeinschaftsschul-Verordnung für die Klassen 8-10 geregelt werden.</p> <p><b>GI:</b> An der Gemeinschaftsschule gibt es grundsätzlich keine Züge, weil dies dem Gedanken der Gemeinschaftsschule widerspricht; es gibt Englisch und Französisch als 1. und 2. FS. Die Frage der 3. FS wird im Zuge der Erarbeitung der Gemeinschaftsschul-Verordnung für die Klassen 8-10 geregelt werden.*</p>
<p><b>FliegerX:</b> Wie wollen Sie in den Gemeinschaftsschulen mit der heterogenen Schülerschaft das Niveau gerade auch in den Sachfächern (z.B. Naturwissenschaften) halten bzw.</p>	<p>Der Unterricht an der Gemeinschaftsschule geht auf die individuellen Bedürfnisse der einzelnen Schüler/innen ein; hierbei wird im Einzelfall zu entscheiden sein, wie tief die jeweilige Thematik auch behandelt wird, klar ist, dass die jeweiligen Anforderungen an den angestrebten Schulabschluss erfüllt</p>

<p>sichern? Gerade schwächere HS brauchen für ihren späteren Berufsweg z.B keine Atommodelle - der RS für die immer komplexere Technik schon!</p>	<p>sind; an der Gemeinschaftsschule sind auch phasenweise Lernangebote für spezifisch zusammengesetzte Schülergruppen möglich.</p> <p>Der Unterricht an der Gemeinschaftsschule geht auf die individuellen Bedürfnisse der einzelnen Schüler/innen ein; hierbei wird im Einzelfall zu entscheiden sein, wie tief die jeweilige Thematik auch behandelt wird, klar ist, dass die jeweiligen Anforderungen an den angestrebten Schulabschluss erfüllt sind; an der GM S sind auch phasenweise Lernangebote für spezifisch zusammengesetzte Schülergruppen möglich</p>
<p><b>emma:</b> Herr Stoch, nur 30% aller Lehrer sind in der Lage, bis zum Ruhestand zu arbeiten. Ich schreibe meine Arbeitszeit auf und habe einen Schnitt von 55 Stunden pro Woche (Realschule) . Die Aufgaben werden immer mehr, Entlastungen gibt es keine (!). Was möchten Sie dagegen unternehmen?</p>	<p>Die Arbeitszeit der Lehrkräfte konzentriert sich auf die Unterrichtswochen, dafür ist der Arbeitsanfall während der Ferien (die zwar nicht gleichbedeutend mit Urlaub, aber eben unterrichtsfrei sind) geringer.</p>
<p><b>Curbe:</b> Warum gibt es keine Klärung bezüglich der Finanzierung der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft in Hohenheim?</p>	<p>Die Frage fällt in die Zuständigkeit des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst Fragen können gerichtet werden an: <a href="mailto:poststelle@mwk.bwl.de">poststelle@mwk.bwl.de</a></p>
<p><b>Berufsschullehrer:</b> Welche Auswirkung hat die Gemeinschaftsschule auf das Berufliche Vollzeitschulwesen? Stimmt es, dass in offiziellen Kreisen die Beruflichen Schulen als Auffangbecken für leistungsschwache und verhaltensschwache Schüler gesehen werden?</p>	<p>Da die Eltern bzw. Jugendlichen "mit den Füßen abstimmen" zählt letztlich die Qualität des Angebots. Und die Qualität der beruflichen Schulen - als Beispiel sei hier das Berufliche Gymnasium genannt - ist ausgezeichnet!</p>
<p><b>Gerade:</b> Ich sehe die Gemeinschaftsschule im ländlichen Raum als geeignete Schulform. In Orten, die Realschulen und ein Gymnasien besitzen, wird die Gemeinschaftsschule die neue Restschule, vor allem, wenn dort Förderschüler integrativ beschult werden. Was dann?</p>	<p>Die bisherigen Gemeinschaftsschulen zeigen, dass das Bildungsangebot auch bei Schülern mit Realschul- und Gymnasialempfehlung großen Anklang findet, unabhängig vom Standort. Eltern entscheiden sich bewusst für diese neue Schulart: das neue Lernkonzept (individualisiertes und kooperatives Lernen), Ganztags, Inklusion und auch ein längeres gemeinsames Lernen ohne Trennung der Schüler/innen nach Klasse 4 werden als Gründe dafür genannt.</p> <p>30 der 41 öffentlichen Gemeinschaftsschulen bei den Anmeldezahlen zugelegt, nur elf haben meist gering verloren.</p>
<p><b>InklusionB:</b> Warum nutzt man nicht die Einführung der neuen GMS für die überzeugende Umsetzung der UN-Konvention? Kleine Klassen, gute</p>	<p>Zukünftig sollen alle Schulen befähigt werden, inklusiv zu arbeiten. Eine Reduzierung dieser Aufgabe auf die Gemeinschaftsschulen würde dem Ziel, flächendeckend zu einer inklusiven Grundverfassung im Bildungssystem zu kommen,</p>

<p>Weiterbildung der Lehrer, Barrierefreiheit, Erreichbarkeit (ÖPNV, Transport) gute Konzepte. Zäh, schleppend, schlecht ausgestattet. Schade. Wann wird sich das ändern?</p>	<p>nicht gerecht werden.</p>
<p><b>Kayser:</b> Warum gibt es die Gemeinschaftsschule nur in gebundener Schulform? Kommentar einer Erzieherin: wir müssen doch froh sein, dass es noch Eltern gibt, die am Nachmittag noch Bock auf ihre Kinder haben. Ich denke, im ländlichen Raum ist bei der Mehrzahl der Eltern die gebundene Schulform nicht beliebt</p>	<p>Der verpflichtende Ganztagesunterricht beabsichtigt keinesfalls die Kinder dem Elternhaus zu entziehen, sondern ist vielmehr dazu gedacht, die Familien zu entlasten und den Kindern mehr Zeit zum Lernen zu geben. Das nimmt Druck raus. Viele Eltern an anderen Schulen sind in der unterrichtsfreien Zeit gefordert, ihre Kinder bei den Schulaufgaben entweder selbst zu unterstützen oder gar Nachhilfelehrer zu finanzieren. Die Gemeinschaftsschule ist daher als Ganztagschule konzipiert, um Übungen, Hausaufgaben und Prüfungsvorbereitungen der Schülerinnen und Schüler in den Schulalltag zu integrieren, sodass die unterrichtsfreie Zeit den Familien zur Verfügung steht.</p>
<p><b>Tabaluga:</b> Unsere Verbundschule (GS,WRS,RS) arbeitet seit vielen Jahren schulartübergreifend im GTS-Bereich. Insgesamt haben wir in Kl. 5 61 Schülerinnen und Schüler (3 Kl. mit 48 in der RS und 13 in WRS) Verlieren wir unsere jahrgangsgemischte WRS, wenn wir hier in 5 nicht 16 SS erreichen?</p>	<p>Die Eckpunkte zur regionalen Schulentwicklung sehen vor, dass bei weiterführenden allgemein bildenden Schulen, die die Mindestschülerzahl von 16 in der Eingangsklasse unterschreiten, eine regionale Schulentwicklung initiiert wird. Wird in zwei aufeinander folgenden Schuljahren diese Mindestschülerzahl in der Eingangsklasse nicht erreicht und wird der Schulträger innerhalb dieses Zeitraums nicht tätig, ist die Schule aufzuheben. Eine Aufhebung erfolgt jedoch nur dann, wenn ein entsprechender Bildungsabschluss in zumutbarer Erreichbarkeit angeboten wird.</p>
<p><b>Erhard Korn:</b> Welche Planungen gibt es für die Lehrkräfte an wegfallenden Haupt- und Werkrealschulen? Wie und wo sollen ihre Kompetenzen eingebracht werden? Braucht Schulentwicklung nicht auch Perspektiven für das Personal und damit Personalentwicklung? Wird ein flächendeckendes Netz von Werkrealschulen erhalten?</p>	<p>Ist die Weiterbeschäftigung einer Lehrkraft an der bisherigen Schule nicht mehr möglich, so gehen die Schulaufsichtsbehörden (bereits heute) auf die betroffenen Schulen zu und prüfen stets einzelfallbezogen, wo konkrete Verwendungsmöglichkeiten für diese Lehrkräfte bestehen, die auch pädagogisch sinnvoll sind. Dabei werden sachgerechte Einzelfallentscheidungen getroffen, die die Belange aller Beteiligten berücksichtigen.</p>
<p><b>Leerer:</b> regionale Schulentwicklung ist ja mehr als Schliessung von zu kleinen Schulen. 1. die Lehrereinstellung lief dieses Jahr sehr spät und sehr zentralisiert ab. Das schadet Schulen auf dem Land stärker. Wie bringen Sie gute Lehrkräfte "in die Region"?</p>	<p>Wir haben ein sehr ausdifferenziertes System der Lehrereinstellung. Gerade Schulen im Ländlichen Raum können bereits ab Mitte Februar Stellen ausschreiben und so sehr frühzeitig gut qualifizierte Lehrkräfte gewinnen – und dies ohne die Konkurrenz von bei den Lehrkräften beliebteren Standorten in Ballungsgebieten. Das Hauptausschreibungsverfahren für alle Schulen läuft im März und April. In beiden Verfahren werden Monate vor dem Einstellungstermin im September verbindliche Einstellungszusagen vergeben. Die Erfolgsquote bei den Ausschreibungen für den Ländlichen Raum liegt im</p>

	<p>Bereich der GHWRS bei nahezu 100 Prozent.</p> <p>Die Stellenumschichtungen in diesem Jahr zugunsten der Gymnasien und beruflichen Schulen im Umfang von 500 Stellen konnten erst Ende Mai vorgenommen werden, weil erst zu diesem Zeitpunkt die Schülerzahlentwicklung insgesamt und auch die Anmeldezahlen für die weiterführenden Schulen vorlagen. Diese Stellen wurden im zentralen Listenauswahlverfahren Anfang Juni besetzt. Über dieses Verfahren, in dem nach Note, Rangplatz und räumlicher Einsatzbereitschaft auf der Basis der Fachbedarfe der Schulen vorgegangen wird, können an einem einzigen Tag Hunderte von Lehrkräften ausgewählt und an diese ein Einstellungsangebot erteilt werden.“</p>
<p><b>Paula:</b> Für Ihre Vorhaben benötigen Sie motivierte Lehrer. Die bekommt man nicht, wenn man ständig an den Lehrern (Streichung der Altersermäßigung, Verlängerung der Lebensarbeitszeit), wie in Ihrem Fall herumdoktert. Außerdem hat jeder Lehrer, besonders im Alter eine "innere Regulierungsbehörde" Ausschalten</p>	<p>Die Altersermäßigung steht in der politischen Diskussion. Eine Entscheidung hierüber ist derzeit noch nicht getroffen.</p>
<p><b>Oht:</b> Die Altersermäßigung für Lehrer soll gestrichen und 75 Mio Euro gespart werden. Wieviel hat eigentlich Mappus in der ENBW vergeudet</p>	<p>Die Altersermäßigung steht in der politischen Diskussion. Eine Entscheidung hierüber ist derzeit noch nicht getroffen.</p>
<p><b>Ms:</b> .....und nun die Gretchenfrage: Wie halten Sie persönlich es mit der Honorierung von HS-Lehrern, welche sich durch ein RS-Studium fit machen für die GMS? Ohne Referendariat kein vollständiger Abschluss und weiterhin A12! Nach dem Referendariat evtl. Arbeitslosigkeit trotz langjähriger Erfahrung!!!</p>	<p>Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sind sinnvolle und wichtige Tätigkeiten. Ohne Durchlaufen des Referendariats ist es allerdings beamten- und laufbahnrechtlich nicht möglich, als Realschullehrer mit der Befähigung für das Lehramt an Realschulen eingestellt zu werden.</p>
<p><b>584:</b> Wie werden die WRS Lehrer weiter beschäftigt, welche durch die Schulentwicklung frei werden?</p>	<p>Ist die Weiterbeschäftigung einer Lehrkraft an der bisherigen Schule nicht mehr möglich, so gehen die Schulaufsichtsbehörden (bereits heute) auf die betroffenen Schulen zu und prüfen stets einzelfallbezogen, wo konkrete Verwendungsmöglichkeiten für diese Lehrkräfte bestehen, die auch pädagogisch sinnvoll sind. Dabei werden sachgerechte Einzelfallentscheidungen getroffen, die die Belange aller Beteiligten</p>

	berücksichtigen.
<b>Mutter42:</b> Wieso wird bei allen Diskussionen das ganzheitliche Wohl der Kinder überhaupt nicht berücksichtigt? Meinen Sie, Kinder die aus einem intakten Elternhaus kommen genießen in Ganztagschulen eine glücklichere Kindheit? Welche Vorteile bringt für Kinder das G8?	<p>Was die Ganztagschule angeht, so ist die Teilnahme am Ganztagsschul-Betrieb freiwillig, damit wird das Erziehungsrecht der Eltern aus Art. 6 GG gewahrt.</p> <p>Zur Frage G8:  Ein zwölfjähriger Bildungsgang zum Abitur ist heute internationaler Standard. Auch Baden-Württemberg muss sich dem internationalen Wettbewerb stellen. Das allgemein bildende Gymnasium wurde deshalb so weiterentwickelt, dass Bildung und Ausbildung der jungen Menschen an die Herausforderungen aus Schule und Berufswelt im 21. Jahrhundert angepasst sind. Das baden-württembergische Gymnasium bietet den Schulen viele Möglichkeiten, Schülerinnen und Schüler individuell zu fördern. Die Bildungsplanreform verlagerte den Schwerpunkt vom Unterrichtsinhalt, den die Lehrer unterrichten, hin auf standardbasierte Kompetenzen, die die Schülerinnen und Schüler im Unterricht erwerben, dabei wurden die Lerninhalte nicht einfach verdichtet, sondern vielmehr reduziert und auf einen achtjährigen gymnasialen Bildungsgang passgenau zugeschnitten.</p>

### Weitere, am 28.10.2013 eingefügte Antworten:

<b>LehrerfragtMinister:</b> Wieso ist geplant, dass allgemeinbildenden Schultypen und die neue GMS zukünftig den jeweils höheren Schulabschluss (Mittlere und FHS-Reife, Abitur) anbieten, also neue Strukturen kostspielig und personalintensiv entwickeln müssen, obwohl diese an beruflichen Schulen bereits vorhanden sind?	<p>Ziel der aktuellen Umstrukturierung des baden-württembergischen Bildungssystems ist ein Zwei-Säulen-Modell mit einerseits dem Gymnasium und andererseits einem integrativen Bildungsweg, der sich aus den bisherigen Schularten entwickelt. Die Landesregierung beabsichtigt nicht, weitere Schularten zu etablieren und somit neue Strukturen zu entwickeln. Vielmehr ist vorgesehen, unser Bildungssystem in Zukunft deutlich stärker von den erreichbaren Bildungsabschlüssen her zu konzipieren und weniger stark von den unterschiedlichen Schularten. Es geht uns also nicht darum, alle Schularten in erreichbarer Nähe vorzuhalten, sondern alle Bildungsabschlüsse. Im Übrigen gilt, dass eine Sekundarstufe II an Gemeinschaftsschulen ressourcenschonend nur dann eingerichtet wird, sofern die notwendige Mindestschülerzahl von 60 für die Klassenstufe 11 erreicht wird.</p>
<b>HerbertHuber:</b> Meine Forderung: „Die beruflichen Gymnasien sind die primären Kooperationspartner für die neuen Gemeinschaftsschulen bei der Gestaltung eines regionalen Oberstufenangebots (Sek II).“ Begründung: Vermeidung von	<p>Selbstverständlich wollen wir keine Doppelstrukturen. Deshalb muss vor der Einrichtung einer Oberstufe an einer Gemeinschaftsschule auch das vorhandene Angebot und die bisherigen Schülerströme genau betrachtet werden.</p> <p>Das ist für Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe - und das wird voraussichtlich die Mehrzahl sein - genau der richtige</p>

<p>Parallelstrukturen und wirtschaftlicher Umgang mit Haushaltsmitteln. Sehen Sie das auch so</p>	<p>Weg. Hier schlage ich eine frühzeitige enge Kooperation der Beruflichen Gymnasien mit den Gemeinschaftsschulen vor.</p>
<p><b>Azubi86:</b> Warum bekommen wir nicht die Chance auf Fachhochschulreife, wenn die Klasse für den Zusatzunterricht keine 16 Schüler umfasst? Vorherige Jahre ging es mit 12 Schülern. Warum setzt man die Zahl hoch und nimmt uns unsere Chance auf Bildung?</p>	<p>Die grundsätzlich bestehende Mindestschülerzahl von 16 gilt schon lange und wurde nicht verändert. Der Zusatzunterricht wird von einer großen Anzahl beruflicher Schulen in der Fläche angeboten, so dass Berufsschülerinnen und Berufsschüler, die die Fachhochschulreife anstreben, im Bedarfsfall auch eine benachbarte Berufsschule in erreichbarer Nähe aufsuchen können.</p>
<p><b>Berufsschullehrer:</b> Welche Auswirkung hat die Gemeinschaftsschule auf das Berufliche Vollzeitschulwesen? Stimmt es, dass in offiziellen Kreisen die Beruflichen Schulen als Auffangbecken für leistungsschwache und verhaltenschwierige Schüler gesehen werden?</p>	<p>Da die Eltern bzw. Jugendlichen "mit den Füßen abstimmen" zählt letztlich die Qualität des Angebots. Und die Qualität der beruflichen Schulen - als Beispiel sei hier das Berufliche Gymnasium genannt - ist ausgezeichnet!</p>
<p><b>nutzer:</b> Wenn in der Berufsschule die Anfahrtswege noch länger werden und die Betriebe dann nicht mehr ausbilden, wo ist dann der volkswirtschaftliche Nutzen?</p>	<p>Mir ist keine Untersuchung bekannt, die eine Beziehung zwischen der Entfernung der Berufsschule vom Ausbildungsbetrieb und der Gewinnung von qualifizierten Auszubildenden für die Betriebe herstellt. Schon aus diesem Grund lässt sich ein entsprechender volkswirtschaftlicher Nutzen unter Einbeziehung einer Vielzahl von Einzelfällen nicht berechnen. Eine Nutzenanalyse darf aber nicht die Kosten außer Acht lassen. Ein verantwortungsvoller Umgang mit den Steuergeldern führt dazu, dass insbesondere vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der großen Spezialisierung bei dualen Ausbildungsberufen auch in Zukunft Umverteilungen bei der Beschulung von Auszubildenden zu anderen Standorten nicht ausgeschlossen werden können. Der betriebsnahe Besuch der Berufsschule stellt zudem nicht von vorneherein einen Vorteil gelingender Ausbildung dar. Vielmehr gibt es zahlreiche Beispiele von Bundes- und Landesfachklassen, bei denen mit Blick auf die Ausbildungsqualität der Vorteil der betriebsnahen Beschulung deutlich in den Hintergrund rückt und bei denen von den Ausbildungsbetrieben ausdrücklich eine zentrale Organisation gefordert wird.</p>
<p><b>Fortbildung</b> Realschulabschluss, Ausbildung zum Einzelhandelskaufmann- 48 Std Arbeit bei 6 Tage Woche- geringer Verdienst Wie soll hier eine Weiterbildung erfolgen?</p>	<p>Bundesweit geregelte berufliche Fortbildungen nach dem Berufsbildungsgesetz (wie z. B. die Fortbildung zum/zur Geprüften Handelsfachwirt/Geprüften Handelsfachwartin) unterliegen der Zuständigkeit der sog. zuständigen Stellen (hier IHK). Diese Frage kann deshalb nicht durch Herrn Minister beantwortet werden.</p>
<p><b>Dirkilein</b> Wie lässt es sich mit dem Gewissen vereinbaren auf der einen Seite 1000</p>	<p>Im Baden-Württemberg wurden und werden keineswegs Lehrkräfte entlassen. Stelleneinsparungen erfolgen in allen Bereichen so, dass die aus Altersgründen frei werdenden</p>

<p>Lehrkräfte ,mit der Begründung, das Land müsse sparen, zu entlassen und gleichzeitig 150 zusätzliche Staatssekretäre einzustellen?</p>	<p>Stellen nicht wiederbesetzt werden. Die Einsparungen werden durch die sog. demografische Rendite sowie durch die Optimierung des Ressourceneinsatzes kompensiert, damit das nicht zu Lasten der Unterrichtsversorgung geht. In Baden-Württemberg gibt es nur 4 Staatssekretärinnen/Staatssekretäre und einen beamteten Staatssekretär.</p>
<p><b>Polly-Leonie:</b> Obwohl lt. kultusportal- bw der Pflichtunterricht an den Schulen gesichert sein soll, fällt massiv Unterricht aus durch Elternzeit, Krankheit, Abiturvorbereitung etc. Wie wollen Sie Ihrem Bildungsauftrag nachkommen, wenn es keine Lehrer gibt, die den Ausfall kompensieren können?</p>	<p>Im Haushalt des Landes stehen in ausreichendem Umfang Mittel zur Verfügung, um längerfristige Ausfälle durch Vertretungslehrkräfte kompensieren zu können. Allerdings lässt sich in sogenannte Mangelfächern und /oder aufgrund fehlender Mobilität nicht immer sofort eine passende Ersatzkraft finden.</p>
<p><b>WRS-Hero:</b> Sehr geehrter Herr Minister, ist es richtig, dass in zumutbarer Entfernung in Zukunft auch eine WRS vorgehalten werden muss? Wieso werden die beweglichen Ferientage oder die Anzahl der Ferientage nicht reduziert, damit unsere Schüler endlich mehr Lernzeit erhalten?</p>	<p>Zum Aspekt vorhalten der WRS: Zur zumutbaren Erreichbarkeit einer WRS: Die Eckpunkte zur regionalen Schulentwicklung sehen vor, dass künftig auf die Erreichbarkeit von Bildungsabschlüssen abgestellt werden soll. Ziel der regionalen Schulentwicklung ist es, allen Schülerinnen und Schülern in zumutbarer Erreichbarkeit die Erlangung des von ihnen gewünschten Bildungsabschlusses entsprechend ihren Begabungen und Fähigkeiten zu ermöglichen. Dies kann nur gelingen, wenn auch der Werkrealschulabschluss für alle Schülerinnen und Schüler in zumutbarer Erreichbarkeit angeboten wird. Das Gesetzgebungsverfahren und die Entscheidung des Landtags über den Gesetzentwurf sind abzuwarten.</p>
<p><b>jupiter:</b> Warum wird die regionale Schulentwicklung vor Ort kaum gemeindeübergreifend geführt, erst recht nicht zu Themen wie Inklusion und Ganzschulen, wo dies bis 2020 oder 2025 realisiert werden soll in dem jeweiligen Landkreis-inklusive berufliche Schulen?</p>	<p>Zum Aspekt gemeindeübergreifende Umsetzung der regionalen Schulentwicklung: Das Verfahren der regionalen Schulentwicklung setzt auf die Erreichung eines kommunalen Konsenses und sieht die Einbeziehung aller Berührten innerhalb einer Raumschaft vor. Dabei ist in allen Phasen des Verfahrens eine Beratung durch die Schulaufsichtsbehörde vorgesehen. Wie die Beteiligten vor Ort den Prozess ausgestalten, ist von diesen zu entscheiden.</p>
<p><b>Göge-Schule:</b> Wir sind eine 2-zügige Grundschule, weitere GS sind in 10-20 min. Fahrtzeit erreichbar. Kann unsere Schule vor Ort in Zukunft trotzdem bestehen bleiben?</p>	<p>Die Grundschulen sind von der regionalen Schulentwicklung ausgenommen. Für sie gilt weiterhin der Grundsatz "kurze Beine - kurze Wege".</p>
<p><b>antonalba:</b> Warum ist der Grundschulbereich von den Planungen ausgenommen? auch hier gibt es doch den demografischen Wandel.</p>	<p>Die Grundschulen sind von der regionalen Schulentwicklung ausgenommen. Die Landesregierung hält am Prinzip der kurzen Wege für kurze Beine auch weiterhin fest. Grundschulern soll auch künftig eine wohnortnahe Beschulung ermöglicht werden, da ihnen aufgrund ihres noch jungen Alters längere Schulwege nicht zugemutet werden sollen. Den Gemeinden wird damit ermöglicht, ihre Grundschulen vor Ort trotz sink-</p>

	<p>endender Schülerzahlen zu erhalten. Dies schließt jedoch Optimierungen innerhalb der Kommunen nicht aus, doch diese Entscheidung obliegt jedem Schulträger selbst, der einen entsprechenden Antrag stellen kann.</p>
<p><b>zuzugsregion:</b> Regionale Schulentwicklung: sind die Schulen, die unsere Kinder von den zu schließenden Schulen aufnehmen sollen, darauf vorbereitet?</p>	<p>Die Eckpunkte zur regionalen Schulentwicklung sehen vor, dass bei weiterführenden allgemein bildenden Schulen, die die Mindestschülerzahl von 16 in der Eingangsklasse unterschreiten, eine regionale Schulentwicklung initiiert wird. Wird in zwei aufeinander folgenden Schuljahren diese Mindestschülerzahl in der Eingangsklasse nicht erreicht und wird der Schulträger innerhalb dieses Zeitraums nicht tätig, ist die Schule dann auslaufend aufzuheben, wenn ein entsprechender Bildungsabschluss in zumutbarer Erreichbarkeit an einer anderen Schule mit Aufnahmekapazität angeboten wird..</p>
<p><b>Christian Geist:</b> Wäre es möglich, die Eckpunkte noch einmal kurz zu benennen?</p>	<p>Lieber Herr Geist, die Eckpunkte der regionalen Schulentwicklung finden Sie unter <a href="http://www.kultusportal-bw.de/Lde/Startseite/schulebw/Regionale+Schulentwicklung">http://www.kultusportal-bw.de/Lde/Startseite/schulebw/Regionale+Schulentwicklung</a>.</p>
<p><b>irene:</b> Wie beteiligt sich das Land an den Mehrkosten der Schulträger (Um-/Neubauten in Millionenhöhe, mehr Fachräume, mehr lfd. Kosten durch Mehrfläche, mehr erforderliche Raum-, Sach- und Personalkosten)? Wo erhalten die Schulträger hierfür einen Ausgleich? Greift hier das Prinzip: wer anschafft, bezahlt?</p>	<p>Infolge von Änderungen in der Schulstruktur ändert sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler insgesamt nicht, so dass die landesweiten laufenden Kosten in etwa gleich bleiben bzw. bei Aufgabe von Schulstandorten tendenziell sogar sinken. Der einzelne Schulträger erhält für die Schülerinnen und Schüler an seinen Schulen laufende Zuweisungen je Schüler und Jahr (Sachkostenbeiträge)</p> <p>Für die räumliche und sächliche Ausstattung der Schulen sind nach dem Schulgesetz (§ 48) die kommunalen Schulträger zuständig. Sie errichten und unterhalten die Schulgebäude und Schulräume, stellen die sonstigen für die Schule erforderlichen Einrichtungen und Gegenstände zur Verfügung, beschaffen die Lehr- und Lernmittel und bestellen die Bediensteten, die nicht im Dienst des Landes stehen. Wie Schulträger die vorstehenden Aufgaben wahrnehmen, entscheiden diese - auch unter Berücksichtigung ihrer allgemeinen Finanzsituation - in eigener Zuständigkeit; dem Land steht kein Weisungsrecht zu. Das Land hingegen fördert bei Vorliegen der Fördervoraussetzungen Baumaßnahmen zur Schaffung der erforderlichen Räume und Flächen an Schulen.</p>
<p><b>Leerer:</b> Wie beziehen Sie die Privatschulen in Ihre regionale Schulpolitik ein?</p>	<p>Die regionale Schulentwicklung ist ein sich auf die öffentlichen Schulen beziehendes Verfahren. Bei der Durchführung des neu einzuführenden Dialog- und Beteiligungsverfahrens können - soweit diese hiervon berührt sind - auch Schulen in freier Trägerschaft einbezogen werden.</p>



## Weitere, am 29.10.2013 eingefügte Antworten:

<p><b>Zanetti45:</b> Zunehmende Heterogenität im Klassenzimmer braucht kleinere Klassen oder mehr Lehrer pro Klasse (dauerhaft(!) anwesend). Vorbild Finnland, Schweiz etc.</p>	<p>Nach John Hatties Erkenntnissen bestimmt der einzelne Pädagoge, was Schülerinnen und Schüler lernen. Alle anderen Einflussfaktoren - die materiellen Rahmenbedingungen, die Schulform oder spezielle Lehrmethoden - sind dagegen zweitrangig. Auch die Reduzierung der Klassengröße hat nur wenig Einfluss auf den Wissensgewinn der Schülerinnen und Schüler. Auf Hatties Ranking landete die Klassengröße beispielsweise nur auf Platz 16.</p> <p>Gerne würden wir die Klassengrößen weiter reduzieren und die Zahl der Lehrer erhöhen. Angesichts der enormen Haushaltsvorbelastung der vergangenen Jahre und der notwendigen Einsparungen zur Einhaltung des im Grundgesetz verankerten Verbots, ab 2020 neue Schulden zu machen, sind jedoch die für Verbesserungen im Schulsystem verfügbaren Ressourcen begrenzt. Trotz der Notwendigkeit, den Staatshaushalt zu sanieren, werden aber auch künftig wichtige bildungspolitische Maßnahmen umgesetzt. Nachdem der Klassenteiler an den Grundschulen bereits auf 28 bzw. 25 (jahrgangsübergreifende Klassen) und an den weiterführenden Schularten auf 30 reduziert wurde, liegt der Schwerpunkt aber nicht auf einer weiteren Senkung der Klassenteiler sondern auf Verbesserungen an anderer Stelle. So wollen wir z. B. die Gemeinschaftsschule mit ihrem besonderen Bildungsangebot (mit Klassenteiler 28) weiter ausbauen und zusätzliche Ganztagsangebote ermöglichen.</p>
<p><b>Cniici:</b> Warum bezahlt man den arbeitslosen Lehrern lieber Arbeitslosengeld, anstatt sie als Springer einzustellen, damit in den Schulen keine Stunden mehr ausfallen müssen? Die Krankmeldungen der Lehrer und Ausfälle wegen Abiturkorrekturen etc., sind unverantwortbar.</p>	<p>Unterrichtsausfälle auszugleichen ist mir ein sehr wichtiges Anliegen. Deshalb ist auch die festinstallierte Lehrereserve um 200 Stellen auf jetzt 1.666 aufgestockt worden. Diese Lehrkräfte sind dauerhaft für Vertretungen eingestellt. Darüber kann die Schulverwaltung aber auch zusätzlich 65 Mio Euro einsetzen, um Vertretungslehrer einstellen zu können. Aber auch die Schulen müssen mit eigenen Kräften versuchen Ausfälle aufzufangen. Vor allem müssen sie über gezielte Organisationsformen Unterrichtsausfälle zu vermeiden suchen.</p>
<p><b>Wunderfiz</b> Wie kann es sein, dass an einem Schulstandort an Hauptschulen keine 5. Klassen unter dem Klassenteiler gebildet bzw. keine 5. Klassen mit der 6. Klasse zusammengelegt</p>	<p>Die vom Kultusministerium vorgegebene Linie zur Klassenbildung ist eindeutig und über die Verwaltungsvorschrift (Organisationserlass) landesweit einheitlich geregelt. Abweichungen sind nur in besonders gelagerten Einzelfällen ( u.a. den Schülern zumutbare Entfernung zum nächsten Schulstandort mit demselben Bildungsgang) denkbar. Zur effizienten Nutzung von Ressourcen gehört aber auch eine</p>

<p>werden dürfen, während dies an anderen Standorten erlaubt ist?</p>	<p>sinnvolle Lenkung von Schülerströmen. Statt Kombinationsklassen 5/6 einzurichten, können Schüler auch an Standorte zugewiesen werden, um dort stabile 5. Klassen mit einer ausreichenden Schülerzahl zu bilden.</p>
<p><b>Sonderschule2020:</b> Was bedeutet die regionale Schulentwicklung für kleinere Förderschule im ländlichen Raum? Sind den Schülerinnen und Schüler insbes. der unteren Klassenstufen wirklich Schulwege von über einer halben Stunde zuzumuten?</p>	<p>Die Regionale Schulentwicklungsplanung wird Auswirkungen auf die schülerbezogene Schulangebotsplanung für junge Menschen mit Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot haben, auch wenn noch nicht abschließend beurteilt werden kann, wie die Eltern ihr Wahlrecht mittel- und langfristige wahrnehmen. Dort wo grundsätzliche strukturelle Fragen entstehen, werden wir diese aufzunehmen.</p>
<p><b>Erhard Korn:</b> Was wird aus den Pädagogischen Assistenten, wenn die Hauptschule schließt?</p>	<p>Der Pädagogische Assistent wird an eine Haupt- Werkrealschule in der Nähe, die einen entsprechenden Bedarf hat, versetzt. Die Schulverwaltung ist in solchen bemüht, eine für alle Seiten verträgliche Lösung zu finden. Die Verträge der Pädagogischen Assistenten sind unbefristet, so dass eine weitere Verwendung bzw. Beschäftigung sichergestellt ist.</p>
<p><b>ichhalt:</b> warum gibt es trotz einem eindeutigem votum immer noch nicht g9 an allen schulen die es anbieten wollen</p>	<p>Neben dem achtjährigen Bildungsgang haben wir 44 G9-Modellschulen landesweit im Schulversuch. Es wird in dieser Legislaturperiode bei diesen 44 Standorten bleiben, darauf haben sich die Regierungsparteien geeinigt. Die Rückmeldungen, die ich erhalte, sehen auch so aus, dass an vielen Standorten die Eltern zufrieden mit dem achtjährigen Bildungsgang sind.</p> <p>Auf der anderen Seite ist die Nachfrage an unseren G9-Schulen nach einem neunjährigen Bildungsgang sehr groß: Über 90 % der Eltern haben an diesen Schulen ihr Kind für den G9-Zug angemeldet.</p> <p>Wie gehen wir mit dieser Situation um? Wir wollen, dass es mittelfristig ausreichend viele Alternativen gibt, neben dem achtjährigen Gymnasium in einem anderen Zeitkorridor zum Abitur zu kommen. Zu nennen sind hier die Gemeinschaftsschulen, die einen neunjährigen Bildungsgang zum Abitur ermöglichen und auch der Weg über die beruflichen Gymnasien. Bei letzteren haben wir zusätzliche Eingangsklassen geschaffen.</p>
<p><b>miraflores20:</b> Warum werden Schulen die offen für Inklusion sind nicht unterstützt? Stattdessen zählen die Kinder mit "Handy cap" statistisch immer noch zu den Sonderschulen, obwohl sie diese Schulen nicht besuchen. Sie werden für den Klassenteiler nicht mal berücksichtigt.</p>	<p>Schülerinnen und Schüler mit Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot werden nach der Änderung des Schulgesetzes Schüler der von ihnen besuchten Schule sein. Wir wollen den Eltern ein Wahlrecht geben, Eltern entscheiden dann selbst, ob ihre Kinder eine Sonderschule oder eine allg. Schule besuchen sollen.</p> <p>Je mehr inklusive Angebote es gibt, desto mehr wird hier auch die Nachfrage steigen.</p> <p>Es wird auch entscheidend darauf ankommen, dass sich Eltern umfassend über die verschiedenen Möglichkeiten informieren und vorher auch einmal anschauen.</p>
<p><b>gigi:</b> Die Inklusion im Sinne</p>	<p>Im Rahmen der Schulgesetzänderung werden die Elternrechte</p>

<p>der UN Konvention wird nur gelingen, wenn möglichst viele Eltern ihre Kinder inklusiv beschulen zu lassen. Wie wollen Sie die Eltern dazu motivieren ?</p>	<p>gestärkt werden. Der Elternwunsch wird handlungsleitend für die Schulverwaltung sein. Eltern sollen sich zukünftig zwischen Bildungsangeboten an allgemeinen Schulen und sonderpädagogischen Einrichtungen frei entscheiden können. Erst dann haben wir das von uns angestrebte Wahlrecht, wie wir es auch im Koalitionsvertrag verankert haben.</p>
<p><b>Carlo:</b> An den Realschulen soll neben dem mittleren Bildungsabschluss zusätzlich die Möglichkeit des Erwerbs eines Hauptschulabschlusses eingerichtet werden. Welchen Sinn macht das, wenn doch eigentlich die Gemeinschaftsschule die Schulart der Zukunft sein soll?</p>	<p>Der geplante Hauptschulabschluss für Realschüler ist eine Chance für die Realschulen, sich über ihr bisheriges Konzept hinaus dem Thema Heterogenität anzunehmen. Ein Konzept dafür wird zurzeit vom Kultusministerium erarbeitet.</p>
<p><b>Atir:</b> Beachten Sie bei dem neuen Lehrplan den Entwicklungsstand der Kinder? NWA in 5-7 geht teilweise an den Schülern vorbei, weil sie den Stoff nicht begreifen können. Achten Sie mehr auf Fachlichkeit? Mich wundert es nicht, dass BW so schlecht abschnitt bei den Tests.</p>	<p>Bei der Arbeit der Bildungsplankommissionen spielt neben der Vermittlung von Fachwissen auch die kindliche Entwicklung eine wesentliche Rolle. Dies zeigt sich z.B. im gedanklichen Ansatz der Kompetenzorientierung, der den neuen Bildungsplänen zugrunde liegt. Es steht nicht mehr im Vordergrund, was im Unterricht behandelt werden soll, sondern was die Schüler am Ende gelernt haben sollen. Dies ist nur möglich, wenn man den kindlichen Entwicklungsprozess bei der Bildungsplanerstellung stets im Auge behält.</p>
<p><b>SchieMa:</b> Die Anmeldezahlen für die G9 Schulen sind ja sehr hoch. Aus meiner Sicht ein deutliches Zeichen dafür, dass vom Volk diese Variante gewünscht ist. Ist es Angedacht, das ganze auf weitere Schule auszuweiten?</p>	<p>Neben dem achtjährigen Bildungsgang haben wir 44 G9-Modellschulen landesweit im Schulversuch. Es wird in dieser Legislaturperiode bei diesen 44 Standorten bleiben, darauf haben sich die Regierungsparteien geeinigt. Die Rückmeldungen, die ich erhalte, sehen auch so aus, dass an vielen Standorten die Eltern zufrieden mit dem achtjährigen Bildungsgang sind.</p> <p>Auf der anderen Seite ist die Nachfrage an unseren G9-Schulen nach einem neunjährigen Bildungsgang sehr groß: Über 90 % der Eltern haben an diesen Schulen ihr Kind für den G9-Zug angemeldet.</p> <p>Wie gehen wir mit dieser Situation um? Wir wollen, dass es mittelfristig ausreichend viele Alternativen gibt, neben dem achtjährigen Gymnasium in einem anderen Zeitkorridor zum Abitur zu kommen. Zu nennen sind hier die Gemeinschaftsschulen, die einen neunjährigen Bildungsgang zum Abitur ermöglichen und auch der Weg über die beruflichen Gymnasien. Bei letzteren haben wir zusätzliche Eingangsklassen geschaffen.</p>
<p><b>Mechthild38:</b> Wann wird endlich der Lehrplan für</p>	<p>Die Lerninhalte des neunjährigen gymnasialen Bildungsganges wurden nicht einfach auf acht Jahre zusammengedrängt, sondern in einer Bildungsplanreform passgenau auf die verkürzte</p>

<p>Schüler des G8 "entrümpelt"?</p>	<p>Gymnasialzeit zugeschnitten. Das Besondere der neuen Bildungspläne war die Verlagerung des Schwerpunkts vom Unterrichtsinhalt, den die Lehrer unterrichten, hin auf standardbasierte Kompetenzen, die die Schülerinnen und Schüler im Unterricht erwerben. Unterricht wird nicht mehr vom Lehrer, sondern vom Schüler aus gedacht. Das Ziel ist nicht mehr ein Anhäufen von Spezialwissen, sondern das Erlernen von Methoden, die es dem einzelnen Schüler erlauben, sich dieses Wissen selbst beizubringen.</p>
<p><b>bildungfüralle:</b> Warum orientiert sich Deutschland und BaWü so wenig an anderen Ländern, in denen Kinder besser gefördert werden, die nicht dem "Standardprofil" entsprechen (z.B. Behinderte, aber auch Hochbegabte oder Migrantenkinder)? Gute Vorbilder gibt es doch z.B. in USA, Schweden, Finnland, Norwegen.</p>	<p>Die Landesregierung hat erkannt, dass die individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen in der Vergangenheit vernachlässigt wurde und unternimmt daher jetzt Maßnahmen in diesem Bereich, die zur Verbesserung der Leistungen sowie zur Verbesserung der Bildungschancen führen sollen.</p>
<p><b>Michael A:</b> Klassen mit mehr als 30 Schülern in Lörracher Gymnasien sind eine Katastrophe. Das Resultat sehen wir bereits in den Pisa Studien und langfristig in der Wettbewerbsfähigkeit von BW. Jede Regierung Verbesserung der Bildungspolitik versprochen. Wann schreiben Sie einen verbindlichen Klassenteiler vor?</p>	<p>Hinsichtlich der Klassenbildung ist zu berücksichtigen, dass der Klassenteiler eine rechnerische Größe für die Zuweisung von Lehrerwochenstunden an die Schule und keine Vorgabe zur Klassenbildung darstellt. Über die tatsächliche Klassenbildung entscheidet die Schulleitung im Rahmen ihres Budgets aus insgesamt zugewiesenen Lehrerwochenstunden. Diese Flexibilität ist gewünscht und ermöglicht es den Schulen, Klassenbildungen unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten vorzunehmen. Zur konkreten Situation an der einzelnen Schule kann Ihnen die jeweilige Schulleitung weitere Auskünfte geben.</p>
<p><b>Lehrer:</b> Wir Lehrer i.allen Schultypen sind für die inhaltliche Umsetzung des Lehr,-Bildungs,- Orientierungsplans zuständig u.nicht f.d.konzeptionelle Entwicklung neuer Schulformen! Wollen Sie diese Arbeit uns Lehrer u.Rektoren überlassen, dann haben wir keine Zeit mehr d.Kinder zu unterrichten.</p>	<p>Im Rahmen der Bildungsplanreform 2015 hat das Kultusministerium das Landesinstitut für Schulentwicklung beauftragt Bildungspläne basierend auf Bildungsstandards für die Grundschule, die Sekundarstufe 1 und das achtjährige Gymnasium zu erstellen. Der gemeinsame Bildungsplan für die Sekundarstufe I enthält Niveaudifferenzierungen und soll in allen weiterführenden Schularten zum Einsatz kommen. Im Rahmen des Schulcurriculums können Schulen weitere relevante Themen und Inhalte verankern.</p> <p>Zeitgleich zur Einführung der Bildungspläne erhalten die Lehrkräfte für ihre schulische Arbeit zusätzlich umfangreiche Materialien im Sinne von pädagogischen Umsetzungshilfen zur Verfügung gestellt. Eine breit angelegte Fortbildungsinitiative wird entsprechend die Bedarfe der Lehrkräfte und Schulen abde-</p>

	cken.
<b>nutzer:</b> Bildung ist ein Allgemeingut. Weiterer Ausbau des privaten Schulwesens führt zu eine Koppung von Bildung und Geld. Privates Schulwesen darf von Staat nur gefördert werden, wenn die Träger wirkliche Non-Profit-Organisationen sind (auch nicht hinter Stiftungen verschleierte Unternehmen)	Das Grundgesetz gewährleistet durch Art. 7 Absatz 4 das Recht zur Errichtung von privaten Schulen. Ersatzschulen, an denen die Schulpflicht erfüllt werden kann, dürfen aber nur genehmigt werden, wenn die "Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern" nicht gefördert wird. Bei der Genehmigung solcher Schulen wird also darauf geachtet, dass die Höhe des Schulgeldes nicht gegen das "Sonderungsverbot" verstößt.  Diese rechtlichen Vorgaben würden dem Betrieb von Ersatzschulen mit erwerbswirtschaftlicher Zielsetzung ohnehin enge Grenzen setzen.
<b>biene.141962:</b> In den Grundschulen wurde freies Lernen eingeführt. Ich bin der Meinung, daß Kinder dieser Altersgruppe sich leicht ablenken lassen und deshalb noch nicht in der Lage sind, wie Studenten frei zu arbeiten. Wann wird dieser Quatsch wieder angeschafft?	Neben dem Frontalunterricht werden in der Grundschule verschiedene Lernformen praktiziert. Beispielsweise erhalten die Schülerinnen und Schüler Tages- und Wochenpläne mit Aufgaben aus verschiedenen Fächern, z.T. mit unterschiedlichem Schwierigkeitsgrad. Die Schülerinnen und Schüler können während der Bearbeitung ihres Tages- und Wochenplans eigenständig Materialien nützen. Die Lehrerin oder der Lehrer können sich während solcher Phasen einzelnen Schülerinnen und Schüler besonders widmen. Es ist nicht so, dass Kinder mit den Aufgaben allein gelassen werden, ganz im Gegenteil. Durch sog. offene Lernformen werden Schülerinnen und Schüler an das selbstständige Arbeiten nach eigenem Lerntempo herangeführt. Dabei kommt es entscheidend auf die Dosierung und die Unterstützung der Lehrkraft an.
<b>iche:</b> Wann wird endlich die Sonderlösung "Französischunterricht an den Grundschulen der Rheinschiene abgeschafft?	Die Rheinschiene lebt vom Austausch zwischen Frankreich und Deutschland. Frankreich ist nur einen Katzensprung entfernt. Weil grenzüberschreitende Begegnungen der Kommunen schon lange Tradition haben, können schon kleine Kinder ganz unkompliziert Kontakte knüpfen und in ein französisches Sprachbad eintauchen. An über 80 % der Grundschulen wurde bereits vor der verbindlichen Einführung des Französischunterrichts das Begegnungsprogramm "Lerne die Sprache des Nachbarn" praktiziert. Die vorliegenden Erfahrungen und Erkenntnisse bestätigen, dass guter Französischunterricht die Sprachlernkompetenzen der Kinder insgesamt befördert. Deshalb hat das Kultusministerium entschieden, den Französischunterricht an den Grundschulen im Oberrheingebiet beizubehalten.
<b>mum - neu</b> Haben Sie eigentlich eine Ahnung, wie hoch die tägliche Arbeitszeit eines G8-Schülers ist (Schulzeit, lernen für 2-3 Fremdsprachen, lernen für stündliche Abfragen vor allen in Nebenfächern, lernen auf Klausuren, Hausaufgaben etc)? Viele kennen kein Wo-	Die Lerninhalte des neunjährigen gymnasialen Bildungsganges wurden nicht einfach auf acht Jahre zusammengedrängt, sondern in einer Bildungsplanreform passgenau auf die verkürzte Gymnasialzeit zugeschnitten. Das Besondere der neuen Bildungspläne war die Verlagerung des Schwerpunkts vom Unterrichtsinhalt, den die Lehrer unterrichten, hin auf standardbasierte Kompetenzen, die die Schülerinnen und Schüler im Unterricht erwerben. Unterricht wird nicht mehr vom Lehrer, sondern vom Schüler aus gedacht. Das Ziel ist nicht mehr ein Anhäufen von Spezialwissen, sondern das Erlernen von Methoden, die es dem

<p>chenende mehr. Was tun wir da unseren Kindern an?</p>	<p>einzelnen Schüler erlauben, sich dieses Wissen selbst beizubringen.</p> <p>Das Kultusministerium hat im Jahr 2010 die folgenden Eckpunkte der Stundentafel und Unterrichtsorganisation des Gymnasiums verbindlich vorgesehen: Der Pflichtunterricht von Klasse 5 bis zum Abitur ist auf nicht mehr als die von den Ländern in der Kultusministerkonferenz (KMK) vereinbarten 265 Jahreswochenstunden begrenzt. Der Unterricht wird gebündelt, was bedeutet, dass die Klassen 7 bis 9 pro Woche mindestens zwei vom Pflichtunterricht (einschließlich Poolstunden) freie Nachmittage in einer Schulwoche von Montag bis Freitag haben. Die Klassen 5 und 6 haben mindestens drei vom Pflichtunterricht freie Nachmittage pro Schulwoche. Außerdem haben die Klassen 5 und 6 höchstens 32 Pflichtwochenstunden (einschließlich Poolstunden).</p> <p>Ausnahmen von diesen Vorgaben sind nur in begründeten Einzelfällen und mit Zustimmung der Schulkonferenz möglich.</p>
<p><b>Helga</b> Guten Tag. Im Rhein-Neckar-Kreis gibt es zur Zeit so gut wie keine Schulhäuser, die barrierefrei sind. Wann können Eltern damit rechnen, ihre körperbehinderten Kinder inklusiv beschulen zu lassen?</p>	<p>Auch im Rhein-Neckar-Raum lernen zahlreiche Schülerinnen und Schüler mit Behinderung an allgemeinen Schulen. Ob in der Nähe Ihres Wohnortes ein Schule zur Verfügung steht, die den Erfordernissen Ihrer Tochter entspricht, kann von hier aus nicht beantwortet werden. Es wäre sicher richtig, wenn Sie diese Frage mit Ihrem Staatlichen Schulamt besprechen.</p>
<p><b>Ausländerin</b> zur Schulentwicklung habe ich eine Frage: Warum findet die Sprachförderung für mein Kind nicht statt? Die Lehrerin für Sprachförderung muss meistens Vertretungsunterricht machen. Ist das so gedacht? Für was gibt es dann Sprachförderung, wenn sie kaum stattfindet?</p>	<p>Ein integratives Förderkonzept, das Kinder und Jugendliche mit nichtdeutscher Herkunftssprache beim Besuch der Regelklasse in der sprachlichen Entwicklung unterstützt, nutzt die schulischen Gestaltungsmöglichkeiten von Bildungsplan oder Lehrplan, den Stundentafeln und Schulcurriculum. Den Schulen zusätzlich zur Verfügung stehende Lehrerstunden sollen auch für Maßnahmen der Sprachförderung verwendet werden. Über flexible Organisationsmodelle (zeitweilige zielgruppenspezifische Angebote, Sprachförderangebote im Ganztagesrhythmus, äußere Differenzierungen usw.) kann der Freiraum vor Ort gestaltet werden. Der Wechsel zwischen der Teilnahme am Unterricht der Regelklasse und einer Fördermaßnahme soll dabei organisatorisch flexibel erfolgen und orientiert sich am festgestellten Förderbedarf. Benachbarte Schulen arbeiten im Rahmen der Sprachförderung bei Bedarf zusammen.</p> <p>Für Kinder und Jugendliche mit nichtdeutscher Herkunftssprache und ohne ausreichende Kenntnisse in Deutsch ist in den Grund-, Haupt- und Werkrealschulen die Einrichtung einer Vorbereitungsklasse ab 10 Schülerinnen und Schüler möglich. Maßgebend für die Einrichtung und Klassenbildung ist der Or-</p>

	<p>ganisationserlass. Die Vorbereitungsklasse wird als Jahrgangsklasse oder als jahrgangsgemischte Klasse geführt. Die Einrichtung einer Vorbereitungsklasse für die Klassenstufe 1 für Kinder mit besonderem Sprachförderbedarf (Einstiegsklasse) ist möglich.</p> <p>An den Grund-, Haupt- und Werkrealschulen ohne Vorbereitungsklasse kann für mindestens vier Schülerinnen und Schüler mit nichtdeutscher Herkunftssprache ein zeitlich befristeter zusätzlicher Sprachförderunterricht (Vorbereitungskurs) mit bis zu acht Wochenstunden eingerichtet werden, wenn die Schülerinnen und Schüler noch größere Sprachschwierigkeiten bzw. Verständnisschwierigkeiten in einzelnen Fächern oder Fächerverbänden haben, die auf die Deutschkenntnisse zurückzuführen sind. Dieses Kursangebot dient vorrangig dem Erlernen von Deutsch. Daneben wird auch gezielt sachbezogener Unterricht zum Erwerb eines Fachwortschatzes und von Basiskompetenzen erteilt.</p>
<p><b>Lebensraum:</b> Was passiert mit unserer Jugend....., wenn Fächer wie Hauswirtschaft - Textilarbeit immer mehr gekürzt werden und Schülern mit Lernschwierigkeiten der Raum für das Arbeiten mit den Händen, für das Erlernen lebensweltbezogener Fertigkeiten und für kreatives Schaffen vorenthalten bleibt?</p>	<p>Das Fach "Mensch- und Umwelt" soll durch die Bildungsplanreform 2015 in dem neuen Wahlpflichtfach "Alltagskultur, Ernährung, Soziales" aufgehen. Dabei werden fachliche Inhalte aus den bereits bestehenden Fächern und Fächerverbänden der Realschule und Werkrealschule und der Hauptschule berücksichtigt. Im derzeit gültigen Bildungsplan der Werkrealschule/Hauptschule wird im Fächerverbund "Wirtschaft-Arbeit-Gesundheit (WAG), der für alle Schülerinnen und Schüler in den Klassen 5 bis 9 verbindlich unterrichtet wird, lernen die Schülerinnen und Schüler verbindlich die Grundlagen einer gesunden Lebensführung kennen und Speisen zubereiten. Ab Klasse 8 wählen die Schülerinnen und Schüler ein Wahlpflichtfach. Zur Auswahl steht hier "Wirtschaft und Informationstechnik", "Natur und Technik" sowie "Gesundheit und Soziales". Auch in der Realschule können Schülerinnen und Schüler ab Klasse 7 zwischen der "2. Fremdsprache", "Technik" oder "Mensch und Umwelt" wählen. In dem Fach "Mensch und Umwelt" sind u.a. auch Fähigkeiten zu erwerben, die die praktische Nahrungszubereitung betreffen. In diesen oben genannten Fächern ist praktische Arbeit und das Erlernen lebensweltbezogener Fertigkeiten und Fähigkeiten verankert.</p>
<p><b>MPR:</b> Sehr geehrter Herr Minister, ich bitte Sie, zum Fortbestand der im SchG verankerten Schulart Realschule in BW Stellung zu nehmen. Welches besondere Profil zeichnet die Realschulen (noch) aus, wenn der neue Bildungsplan "Sekundarstufe I" verbindlich wird? MfG, M.K.</p>	<p>Die Realschule zeichnet sich durch einen leistungsbezogenen Realschulabschluss aus, der nach einem sechsjährigen Bildungsgang erreicht wird. Die Realschule vermittelt eine erweiterte allgemeine Bildung, die sich an lebensnahen Sachverhalten orientiert und zu deren theoretischer Durchdringung und Zusammenschau führt. Sie schafft die Grundlage für eine Berufsausbildung und für weiterführende, insbesondere berufsbezogene schulische Bildungsgänge. Im Vergleich zur Werkrealschule/Hauptschule bietet die Realschule innerhalb des Wahlpflichtbereichs eine zweite Fremdsprache an. Diese beginnt in Klasse 6. Als profilbildendes Element können Realschulen auf Antrag</p>

	<p>einen bilingualen Zug einrichten. Darüber hinaus haben Realschulen nach wie vor vielfältige Möglichkeiten, ein eigenes Profil zu entwickeln (Bläserklassen, Sportprofil, etc.).</p>
<p><b>Hannah:</b> Wann kann ich mich an der Schule anmelden in der ich seit 5 Jahren unterrichtet werde? Wann wird das Schulgesetz geändert. Sind Außenklassen noch nötig?</p>	<p>Das Schulgesetz zur Inklusion soll 14/15 geändert werden. Außenklassen wird es dann als Begriff nicht mehr geben. In Zukunft wird von "i.d.R. gruppenbezogenen" Organisationsformen gesprochen. Kinder, auch unterschiedlicher Behinderungsarten, können gemeinsam mit Kindern ohne Behinderung lernen. Eine Festlegung der Gruppengröße hat und wird es nicht geben. Im Einzelfall muss es auch möglich sein, dass einzelne Kinder mit einer Behinderung inklusiv unterrichtet werden.</p> <p>Im Zuge der SchG-Änderung wird auch die Statusfrage der Schüler/innen geklärt: ein Kind mit einem Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot zählt dann zur allgemeinen Schule.</p>
<p><b>Sonderschule2020:</b> Inwiefern tangiert die regionale Schulentwicklung die Entwicklung von Sonderschulen hin zu Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren?</p>	<p>Die regionale Schulentwicklung im Bereich der allgemeinen Schulen wird die "Bildungslandkarte" verändern. Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren werden sich hierauf einstellen. Dies ist für die Sonderpädagogik keine neue Herausforderung. Schon immer war sie gefordert, sich an Veränderungen - sei es bei Partnern (Medizin, Jugendhilfe, Behindertenhilfe) oder im System selbst (z.B. Bildungspläne der allgemeinen Schulen) anzupassen.</p> <p>Im Rahmen der regionalen Schulentwicklung werden auch die SoS in einem gesonderten aber parallelen Verfahren in den Blick genommen. Sonderschulen verändern sich stark durch den gewollten Ausbau von inklusiven Bildungsangeboten. Es wird auf die Verständigung der abgestimmten Angebote der SoS in einer Raumschaft unter Federführung und Begleitung der SSÄ ankommen,</p>
<p><b>Menschenrecht24:</b> Werden Sie sich bei der regionalen Schulentwicklung im Sinne eines inklusiven Schulsystems im Sinne der UN-Konvention auch zum (wenigstens) schrittweisen Abbau des Sonderschulsystems bekennen?</p>	<p>Die Regionale Schulentwicklungsplanung wird Auswirkungen auf die schülerbezogene Schulangebotsplanung für junge Menschen mit Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot haben, auch wenn noch nicht abschließend beurteilt werden kann, wie die Eltern ihr Wahlrecht mittel- und langfristige wahrnehmen. Das Thema „Inklusion“ muss deshalb im Rahmen der Regionalen Schulentwicklung von Beginn an mit bedacht werden.</p> <p>Übrigens: In der VN_BRK wird vom Zugang zu Bildung für Menschen mit Behinderung gesprochen - an keiner Stelle äußert sich diese Konvention zu den Organisationsformen schulischer Bildung. Das wäre auch gar nicht möglich mit einer Konvention, die weltweit gültig ist.</p> <p>Die Landesregierung hat nicht vor, Sonderschulen bzw. einzelne Sonderschultypen zur Disposition zu stellen. Allerdings werden sich im Rahmen der regionalen Schulentwicklung und auf dem Hintergrund der demographischen Entwicklung auch die Son-</p>



	derschulen verändern. Bei zunehmender Anzahl inklusiver Bildungsangebote wird sich auch die die Sonderschullandschaft verändern, weil mehr Schüler/innen außerhalb des "Stamm"-Hauses unterrichtet werden. Es ist perspektivisch auch möglich, dass Sonderschulen unterschiedlicher Fachrichtungen unter "einem Dach" geführt werden.
<b>Lehrer:</b> Inklusion ohne Einstellung entsprechendem Lehrer- u. Betreuungspersonals? Dann gibts bald keine Lehrer mehr, da d. bestehenden Lehrer d. immense Mehrbelastung nicht alleine i. Klassenzimmer tragen können! Können Sie bitte ein ausgearbeitetes Konzept vorlegen, bevor Inklusion stattfindet?	Dass Kinder mit Behinderungen allgemeine Schulen besuchen ist nicht neu und hat in Baden-Württemberg eine lange Tradition. Das gilt auch für Kinder mit Behinderung und einem Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot. In gruppenbezogenen Bildungsangeboten mit Schülerinnen und Schülern, die zieldifferent unterrichtet werden, streben wir das Zwei-Lehrer-Prinzip an. Ganz deutlich muss man aber sagen: wie viel zusätzliches Personal erforderlich ist, bedarf im Einzelfall einer sorgfältigen Prüfung des Staatlichen Schulamtes und ggf. auch der Sozial- und Jugendbehörden.
<b>miteinander lernen:</b> Wann wird die Inklusion endlich auch in Deutschland selbstverständlich. Eltern müssen hart dafür kämpfen, weil die Ressourcen leider an die Sonderschulen gebunden werden und nicht an das Kind, dem sie zustehen. In anderen Ländern sind die Ressourcen an Regelschulen vorhanden.	Mit der Änderung des Schulgesetzes werden die Eltern eine Wahlmöglichkeit bekommen. Die Aufgabe, vor der wir stehen heißt, für die Schülerinnen und Schüler möglichst passgenaue Bildungsangebote zu entwickeln und gleichzeitig die Angebotsstrukturen der Sonderpädagogik zu verändern. Die Erfahrung zeigt uns, dass das mit einfachen Regelungen und Handlungsmustern nicht zu machen ist.
<b>rokodat</b> Sehr geehrter Herr Minister, ich nutze diesen Chat gerne um meine Frage von vor einiger Zeit zu wiederholen zu der ich leider nur eine bw-typische Antwort nämlich Schweigen erhielt. Wann wird die integrative Beschulung in BW endlich Realität?	Umfangreiche Abstimmungsprozesse sind für die Änderung des Schulgesetzes erforderlich und es sind eine Fülle von Detailfragen zu klären. Hierbei werden die Ergebnisse des Schulversuchs berücksichtigt. Kurzum: das Land arbeitet angestrengt an der Änderung des Schulgesetzes.

### Weitere, am 31.10.2013 eingefügte Antworten:

<b>Ferien2014:</b> Bitte stoppen Sie die radikale Sparpolitik auf dem Rücken unserer Kinder und Jugendlichen, wir fordern einen wertschätzenden Umgang.	Wenn das Kultusministerium die Möglichkeit hätte, würden wir die anstehenden Sparmaßnahmen im Bildungsbereich sofort zurücknehmen. Aber auch wir können nicht mehr ausgeben, als im Rahmen des insgesamt verfügbaren öffentlichen Budgets zur Verfügung steht. Den vorhandenen Schuldenberg Baden-Württembergs weiter anwachsen zu lassen und somit die Prob-
---	---

	<p>leme auf die nachfolgenden Generationen abzuschieben wäre nicht nur unverantwortlich, sondern auch vor dem Hintergrund der ab 2020 geltenden Schuldenbremse rechtlich nicht möglich.</p>
<p><b>Rita:</b> Wenn Sie sparen, wollen, dass an den 9-jährigen Gymnasien. Sie sind die Konkurrenz zu den GMS und RS. Hören Sie doch mit dem Flickenteppich auf und machen Sie eine echte Schulreform, nur noch GMS und bestenfalls 8-jähriges Gymnasium und statten Sie diese gut aus! Allen recht machen wollen geht nicht</p>	<p>Diese hohe Differenzierung wird durch die Reformen, die bereits greifen, nach und nach verschwinden. Das langfristige Ziel ist ein Zwei-Säulen-System mit einerseits dem Gymnasium und andererseits einem integrativen Bildungsweg, der sich aus den bisherigen Schularten entwickelt.</p>
<p><b>irgni:</b> BW baut in Mathe und Naturwissenschaften ab. Verstehen Sie, dass motivierte Lehrer das Wichtigste sind für Schulerfolg? Sie jedoch tun alles dafür, Lehrer/innen zu demotivieren. Kann es sein, dass Sie sich zu wenig in der Schule auskennen und deshalb nicht das Richtige tun?</p>	<p>Motivation der Lehrkräfte ist natürlich eine Grundvoraussetzung für guten Unterricht. Dies ist im Blick der Landesregierung, die versucht, die Lehrkräfte möglichst optimal zu unterstützen. Gut ausgebildete und motivierte Lehrer sind in der Tat sehr wichtig um "Schule" erfolgreich gestalten zu können. Es ist uns daher ein großes Anliegen, dafür Sorge zu tragen, allen Lehrerinnen und Lehrer im Land ein Arbeitsklima zu bieten, das ein produktives und engagiertes Unterrichten ermöglicht. Kultusminister Stoch hat sich während seines gesamten politischen Werdegangs für bildungspolitische Fragen interessiert und sich auch in diesem Bereich engagiert. Er ist hier "up to date". Darüber hinaus ist seine Frau Lehrerin und er ist Vater von vier Kindern im schulpflichtigen Alter. Deshalb ist er ständig mit Bildungsfragen in Berührung.</p>
<p><b>123:</b> warum wird schulen verboten ihr angebot um z.B. einen musikzug ab der 8ten klasse zu erweitern</p>	<p>Musikzüge sind ergänzende Angebote für Schülerinnen und Schüler mit einer besonderen Leistungsfähigkeit und besonderen Leistungsbereitschaft im künstlerischen Bereich. Sie müssen damit immer einen Einzugsbereich abdecken, der größer ist als der "normale" Einzugsbereich einer Schule. Musikzüge müssen beim jeweils zuständigen Regierungspräsidium beantragt und von diesem genehmigt werden. Bei der Genehmigung sind die Regierungspräsidien zwar zahlenmäßig keiner Beschränkung unterworfen, sie müssen aber beachten, dass die Einrichtung eines weiteren Musikzugs bestehende Musikprofileinrichtungen an anderen Gymnasien der Region nicht beeinträchtigt. Dadurch soll eine unnötige Konkurrenzsituation vermieden werden, die schließlich dazu führt, dass gar keine Schule mehr Musikklassen tatsächlich einrichten kann, weil die erforderlichen Mindestschülerzahlen nicht mehr zu erreichen sind. Im Bereich der Schularten WRS/RS/Gemeinschaftsschule sind eigenständige Musikzüge nicht im Regelfall vorgesehen.</p>
<p><b>Carlo:</b> Die Schullandschaft in B-W ist unübersichtlich geworden. Vorhandenen</p>	<p>Das Ziel der Landesregierung ist ein übersichtliches, weniger differenziertes Bildungssystem, in dem jeder junge Mensch den für ihn am besten geeigneten Schulabschluss erreichen kann.</p>

<p>Strukturen werden aufgelöst, bevor sie durch neue ersetzt werden, die notwendigen Handlungsspielräume werden durch Einsparungen immer kleiner.</p> <p>Die Ansprüche an Schule und Lehrer steigen jedoch ständig. Wie soll das funktionieren?</p>	<p>Es geht uns also nicht darum, alle Schularten in erreichbarer Nähe vorzuhalten, sondern alle Bildungsabschlüsse. Wir gehen davon aus, dass das baden-württembergische Schulsystem – unter den jetzigen demografischen Bedingungen – zu stark gegliedert ist. Deshalb wollen wir künftig ein Zwei-Säulen-System aus Gymnasium und einem integrativen Bildungsweg, der sich aus den bisherigen Schularten des gegliederten Schulwesens entwickelt, etablieren. Dies soll aber nicht in Rahmen einer fixen Vorgabe geschehen, sondern die Schulen sollen sich in ihrem jeweiligen Tempo auf diese Ziele hin weiterzuentwickeln können.</p>
<p><b>Seymour:</b> Bildung sollte nicht zum ideologischen Parteienstreit verkommen. Sollten Bildungsreformen nicht überparteilich vereinbart werden (siehe Bremen) und sich am Besten an wissenschaftlich fundierten Fakten orientieren? Falls ja, welches sind für Sie diese wissenschaftlich fundierten Fakten?</p>	<p>Experten im Kultusministerium werten ständig den wissenschaftlichen Diskurs aus und bereiten diese Ergebnisse für die politischen Debatten auf. Es ist richtig: Bildungspolitik sollte die gesetzten politischen Ziele im Auge haben – wie z.B. Bildungsgerechtigkeit – und gleichzeitig wissenschaftlich fundiert sein. Ziele und wissenschaftliche Erkenntnisse miteinander in Verbindung zu bringen, gelingt uns insgesamt ganz gut. Leider liegen die Ziele zwischen den Regierungs- und den Oppositionsparteien zuweilen recht weit auseinander. Dies ist auch der Grund dafür, dass – trotz der Appelle – eine Art Schulfrieden in Baden-Württemberg bislang nicht erreicht werden konnte.</p>
<p><b>einemutter:</b> Sehr geehrter Herr Stoch, warum gibt es so viele verschiedene Schularten wie G8, G9, Hauptschule, Werkrealschule, Realschule, Gemeinschaftsschule, Waldorfschule, Montessori, Privatschulen.... und die wenigsten laufen optimal? Warum immer noch eine unüberlegte und unausgereifte Schulart dazu?</p>	<p>Die Landesregierung beabsichtigt nicht, noch weitere Schularten einzurichten. Außerdem ist vorgesehen, das Bildungssystem Baden-Württembergs in Zukunft deutlich stärker von den erreichbaren Bildungsabschlüssen her zu gestalten. Es geht uns also nicht darum, alle Schularten in erreichbarer Nähe vorzuhalten, sondern alle Bildungsabschlüsse. Wir gehen davon aus, dass das baden-württembergische Schulsystem – unter den jetzigen demografischen Bedingungen – zu stark gegliedert ist. Deshalb wollen wir künftig ein Zwei-Säulen-System aus Gymnasium und einem integrativen Bildungsweg, der sich aus den bisherigen Schularten des gegliederten Schulwesens entwickelt, etablieren. Dies soll aber nicht in Rahmen einer fixen Vorgabe geschehen. Die Schulen sollen die Möglichkeit haben, sich in ihrem jeweiligen Tempo auf diese Ziele hin weiterzuentwickeln.</p>
<p><b>E. B.:</b> Haben Sie vor Augen, dass ein großer Teil unserer Schülerinnen und Schüler nicht an der Schulform scheitert, sondern daran, dass seine Muttersprache nicht Deutsch ist, sondern eine andere? Wann wird dem Rechnung getragen, dass diese Schüler endlich Deutsch als Fremdsprache in ausreichen-</p>	<p>Sprache ist der Schlüssel für Bildungsbeteiligung und gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb müssen Kinder schon sehr früh in ihrer Sprach- und Lesekompetenz gefördert werden. Nur so kann der Bildungserfolg von ihrer sozialen Herkunft entkoppelt werden und für alle gleich gute Chancen geschaffen werden. Auf der Grundlage des Orientierungsplans erhalten alle sprachförderbedürftigen Kinder ab dem ersten Kindergartenjahr bis zum Schuleintritt eine ganzheitlich ausgerichtete Sprachbildung und Sprachförderung. Ergänzend gibt es in diesem neuen Gesamtkonzept für Kinder mit Zusatzbedarf die Sprachförderung in allen Tageseinrichtungen, kurz SPATZ genannt.</p>

<p>dem Maße erhalten?</p>	<p>Grundsätzlich gilt, dass Kinder und Jugendliche mit nichtdeutscher Herkunftssprache bzw. einem Förderbedarf in Deutsch die ihrem Alter und ihrer Leistung entsprechende Klasse der für sie in Betracht kommenden Schulart besuchen sollen. Sollte dies pädagogisch nicht sinnvoll sein, ist es möglich, besondere Fördermaßnahmen zu installieren, wie beispielsweise Vorbereitungsklassen und Vorbereitungskurse für Schülerinnen und Schüler mit Sprachförderbedarf.</p> <p>Die außerschulische Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfe (die sogenannte HSL-Maßnahme) ermöglicht bzw. erleichtert insbesondere Schulkindern mit Zuwanderungsgeschichte in den Klassenstufen 1 bis 6 der Grund- und Hauptschule, in der Sonderschule mit Bildungsgang Grundschule und in der Förderschule die Integration in das Bildungssystem und den schulischen Erfolg.</p>
<p><b>Peter Grill:</b> Hallo Herr Minister Stoch, Was passiert mit den Sonderschulen?</p>	<p>Eltern, deren Kinder einen Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot haben, erhalten zukünftig eine Wahlmöglichkeit. Sie sollen sich damit auch für das Bildungsangebot der Sonderschule entscheiden können. Sonderschulen sollen sich zu Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren entwickeln. Sie werden neben den verschiedenen Bildungsangeboten für Schülerinnen und Schüler, für ihre Eltern und für Lehrkräfte im Bereich der frühkindlichen, der schulischen und der beruflichen Bildung Beratungs- und Unterstützungsleistungen vorhalten.</p>
<p><b>Philipp Gabriel:</b> Hallo. Werden Sie jemals Islamunterricht einführen wollen / Türkisch als Fremdsprache auf Schulen anbieten? Ich hoffe nicht!</p>	<p>Islamischer Religionsunterricht sunnitischer Prägung wird in BW seit dem Schuljahr 2006/07 im Rahmen eines Modellprojekts erteilt, die derzeitige Befristung läuft mit dem Schuljahr 2013/14 aus. Mit dem Schuljahr 2013/14 wird der Unterricht an 24 Grundschulen, einer Realschule und an sechs Hauptschulstandorten erteilt. Zwei der Grundschulstandorte sind inzwischen Gemeinschaftsschulen. Das Angebot wird von über 1600 Schülerinnen und Schülern aus bis zu 14 unterschiedlichen Herkunftsländern wahrgenommen.</p> <p>Kultusminister Stoch MdL hält den Vorschlag der SPD-Fraktion, einen Schulversuch "Türkisch als 3. Fremdsprache" einzurichten, grundsätzlich für sinnvoll. Für diesen Vorschlag spreche, dass damit erstsprachige Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler mit türkischem Migrationshintergrund in den Fremdsprachenerwerb integriert und genutzt werden könnten. Außerdem wäre der Schulversuch ein integrations- sowie bildungspolitisches Signal an die türkischsprachige Bevölkerung in Baden-Württemberg. Derzeit wird geprüft an welchen Gymnasien Türkisch-Unterricht eingeführt wird.</p>
<p><b>bert saur:</b> Als Lehrer habe ich oft mit anstrengenden Eltern, sog. Helikopter-Eltern, zu tun. Was ist Ihr Rat, wie gehe ich</p>	<p>Um diese Frage konkret zu beantworten, wäre es noch wichtig zu wissen, um was es genau geht und was mit "Sabotieren" gemeint ist. Grundsätzlich sind Eltern erst mal unsicher, was sich dann in "Helikopter-Verhalten" äußern kann. Sie haben häufig</p>

<p>mit diesen Eltern um, wie kann ich verhindern, dass sie meine Arbeit sabotieren?</p>	<p>keine genauen Infos oder kennen nur die Sichtweise ihrer Kinder. Es bietet sich dann zur Klärung erst mal ein ruhiges Gespräch an (mit Termin, nicht zwischen Tür und Angel), bei Bedarf mit einem externen Moderator (vorgesetzte Schulbehörde).</p>
<p><b>Tatjana:</b> Kosten für den Bildungsbereich: Wir brauchen keinen Naturpark im Schwarzwald. Dieses Geld soll in die Bildung unserer Kinder investiert werden. "Bildung schaffen, Leben erhalten". Ich finde, das kann sich das Industrieland Deutschland nicht leisten. Die Gemeinschaftsschule ist ein Armutszeugnis.</p>	<p>Zum geplanten Nationalpark im Schwarzwald kann das Kultusministerium nichts sagen, dafür ist das Ministerium Ländlicher Raum zuständig. Zu den Bildungsinvestitionen ist zu sagen, dass es das Ziel der Landesregierung ist, ein übersichtliches, weniger differenziertes Bildungssystem zu schaffen, in dem jeder junge Mensch den für ihn am besten geeigneten Schulabschluss erreichen kann. Es geht uns also nicht darum, alle Schularten in erreichbarer Nähe vorzuhalten, sondern alle Bildungsabschlüsse. Dafür bietet die Gemeinschaftsschule besonders gute Chancen, weil sie den Hauptschul-, den Werkrealschul-, den Realschulabschluss und das Abitur ermöglicht (wenn nicht selbst, dann auf jeden Fall in Kooperation mit einem nahe gelegenen Gymnasium).</p>
<p><b>Besorgter Vater:</b> Gemeinschaftsschulen ein großer Etikettenschwindel. Heterogenität keine Spur! Lehrer und Schüler allesamt aus Werkrealschulen. Warum macht sich kein Gymnasium oder gar Realschule auf den Weg zur Gemeinschaftsschule?</p>	<p>Die Haupt- und Werkrealschulen haben bereits intensive Erfahrungen im Umgang mit heterogenen Lerngruppen und stehen einer Weiterentwicklung zur Gemeinschaftsschule (Gemeinschaftsschule) deshalb besonders offen gegenüber. Die bisherige Zurückhaltung der Realschulen liegt darin begründet, dass sie auch wegen ihrer Größe eine längere Vorlaufzeit benötigen. Bei der zweiten Genehmigungsrunde sind bereits vier Realschulen dabei. Es gibt in Tübingen bereits seit der ersten Antragstranche ein Gymnasium, das zur Gemeinschaftsschule wurde. Die dritte Tranche der Anträge zeichnet sich durch einen steigenden Anteil an Realschulen aus, die in einem Schulverbund oder selbstständig die Umwandlung mitgehen wollen. Unter den 15 Realschulen befinden sich sieben, die bislang selbstständig sind sowie sechs, die bisher in der Regel mit einer Grund- und Haupt-/Werkrealschule im Rahmen eines Schulverbundes geführt werden. Zwei Anträge stammen von privaten Trägern. Den Realschulen wird immer klarer, dass sie als Gemeinschaftsschule der großen Unterschiedlichkeit ihrer Schüler besonders gut gerecht werden können. Bei den Gymnasien zeichnet sich inzwischen ein starkes Interesse an einer Kooperation mit der neuen Schulart ab.</p>
<p><b>Wählerstimme:</b> 90% der Eltern wünschen sich G9. Warum widersetzen Sie sich dem Wählerwillen?</p>	<p>Die Zahl von 44 Gymnasien – rechnerisch eine Schule pro Stadt- oder Landkreis – ist das Ergebnis eines Kompromisses zwischen den Fraktionen der SPD und der Grünen im Landtag. Wer keinen Platz an einem G9-Gymnasium bekommt, kann das Abitur in neun Jahren an einem der zahlreichen beruflichen Gymnasien oder an einer Gemeinschaftsschule (je nach Schülerzahl mit oder ohne Kooperation mit einem Gymnasiums) erreichen. Einen Rechtsanspruch auf Aufnahme in ein G9-Gymnasium gibt es nicht. Aber es wird immer versucht, für jedes Kind eine gute Lösung zu finden. Unser neues Bildungssystem bietet diese Lösungen künftig auf noch breiterer Basis an.</p>
<p><b>aw4rgt:</b> Zur Antwort auf die Frage von @Besorgter Va-</p>	<p>Das bisherige Bildungssystem war nicht schlecht, aber es gibt Veränderungsbedarf. Ziel der Landesregierung ist es, ein über-</p>

<p>ter: Sie sagen, dass in BW in den letzten Jahren in den letzten Jahren negative Entwicklungen verzeichnet haben. Wäre es nicht sinnvoller das damalige Schulmodell zu verbessern, als es komplett auf den Haufen zu schmeißen?</p>	<p>sichtliches, weniger differenziertes Bildungssystem zu schaffen, in dem jeder junge Mensch den für ihn am besten geeigneten Schulabschluss erreichen kann. Es geht uns also nicht darum, alle Schularten in erreichbarer Nähe vorzuhalten, sondern alle Bildungsabschlüsse. Dafür bietet als neue Schulart die Gemeinschaftsschule besonders gute Chancen, weil sie den Hauptschul-, den Werkrealschul-, den Realschulabschluss und das Abitur ermöglicht (wenn nicht selbst, dann auf jeden Fall in Kooperation mit einem nahe gelegenen Gymnasium).</p>
<p><b>Tom Nagl:</b> Sonderschulen heißen doch schon seit langer Zeit "Förderschulen", oder?</p>	<p>In Baden-Württemberg gibt es neun verschiedene Sonderschultypen. Anders als in anderen Bundesländern erhielten die Sonderschulen für Lernbehinderte vor Jahren die Bezeichnung Förderschulen. Im Zuge der Schulgesetzänderung werden wir über die Bezeichnung der Schulart Sonderschule und über die Bezeichnung der verschiedenen Sonderschultypen nachdenken.</p> <p>Die Förderschule ist EINE bestimmte Art von Sonderschule, es gibt ganz verschiedene Sonderschulen. Der Erziehungs- und Bildungsauftrag der Förderschule erstreckt sich auf Schülerinnen und Schüler, deren Lernausgangslage in besonderer Weise beeinträchtigt und erschwert ist. Diese Beeinträchtigung kann sich auf neuropsychologische Entwicklungs- und Reifungsprozesse beziehen, im Bereich psychosozialer Fähigkeiten liegen oder aufgrund sozio-ökonomischer Benachteiligung entstanden sein. Die Förderschule ist Lernort für Schülerinnen und Schüler mit einem erweiterten Bildungsanspruch im Förderschwerpunkt Lernen, die in allgemeinen Schulen unter ihren Möglichkeiten blieben. Der pädagogische Förderansatz geht immer von den vorhandenen Fähigkeiten und Stärken der Schülerinnen und Schüler aus. Die Förderung sozialer Fähigkeiten, der Aspekt von Ganzheitlichkeit, Lebensbedeutsamkeit, Anschaulichkeit sowie der Selbsttätigkeit gehören zu den Grundsätzen der Unterrichtsgestaltung in der Förderschule. Ihre zentralen Aufgaben: Entwicklungsförderung, die Förderung der kommunikativen Kompetenzen, die Berufs- und Lebensvorbereitung sowie sonderpädagogische Fördermaßnahmen für Schülerinnen und Schüler mit erheblichem Unterstützungsbedarf im Bereich der Kulturtechniken.</p>
<p><b>medienchaos:</b> Wenn schon von Qualität die Rede ist und die in Finnland besser zu sein scheint. Wie sieht es denn mit der Ausstattung der Schulen aus, was Freiarbeitsmaterialien angeht. Größtenteils von LehrerInnen hergestellt, kaum etwas, was auf Bildungsmessen angeboten wird. Hier stimmt doch was nicht - oder?</p>	<p>Die Schulen in BW entscheiden eigenständig darüber, welche Lehr- und Lernmaterialien sie im Rahmen der Lernmittelfreiheit anschaffen. Sie haben dafür ihren eigenen Etat und stimmen sich dazu mit ihrem Schulträger ab. Ansprechpartner für gewünschte, auf Fachmessen angebotene Freiarbeitsmaterialien, die von der Schule angeschafft werden sollten, wäre demnach die Schulleitung.</p>

<p><b>Tom Nagl:</b> Herr Stoch, einen Chat um 13:00 an einem Dienstag zum Thema Schulentwicklung. Da sind die meisten Eltern auf der Arbeit. Gibt es noch andere Gremien und Foren bei denen Eltern mitdiskutieren können?</p>	<p>Der nächste "Chat" ist voraussichtlich zum Thema Inklusion geplant. Uhrzeit und Datum stehen aber noch nicht fest, eventuell im Februar/März 2014. Wir können beim nächsten Chat versuchen, den Zeitraum auch für die Eltern günstiger zu legen. Das wichtigste Gremium auf Landesebene, in das Eltern gewählt werden, um mitzudiskutieren, ist der Landeselternbeirat <a href="http://www.leb-bw.de">www.leb-bw.de</a>.</p>
--	---

## Weitere Antworten am 7. November eingestellt

<p><b>Hans-Harald Kersten:</b> Wie wird der Auftrag aller Schulen Inklusion zu ermöglichen gesetzlich verankert? Wie die Auflösung der nach UN-Behindertenrechtskonvention Art 5 und 24 diskriminierenden Sonderschulen? Wie wird die Gewährleistung des vollen förderpädagogischen Unterstützungsbedarfs in der Regelschule abgesichert?</p>	<p>Lieber Hans-Harald Kersten: In einer ersten Frage erkundigten Sie sich bereits danach, wie Sonderschulen mit dem "Diskriminierungsverbot" der UN-Behindertenrechtskonvention (Art. 5 und Art. 24) zu vereinbaren seien. Ich antwortete Ihnen, dass über das qualifizierte Elternwahlrecht, die freie Entscheidung darüber möglich sei, ob ein Bildungsangebot an einer Sonderschule oder ein inklusives Angebot an einer Regelschule wahrgenommen werde. Insofern stünden die Sonderschulen nicht im Widerspruch mit der UN-Behindertenrechtskonvention. Zu Ihrer neuerlichen Anfrage möchte ich nun noch Folgendes aus der VN-BRK ergänzen. "Besondere Maßnahmen, die zur Beschleunigung oder Herbeiführung der tatsächlichen Gleichberechtigung von Menschen mit Behinderungen erforderlich sind, gelten nicht als Diskriminierung im Sinne dieses Übereinkommens." Es geht darum, gerechte Chancen für Aktivität und Teilhabe in der Gesellschaft zu geben. Das kann auf unterschiedlichen Wegen geschehen und hängt vom einzelnen Menschen und den Umfeldbedingungen ab. Zu den anderen Aspekten Ihrer Fragestellung kann ich sagen: Sonderschulen werden sich zu Bildungs- und Beratungszentren entwickeln. Die Verankerung des Inklusionsauftrags aller Schulen und die Gewährleistung des Unterstützungsbedarfs in der allgemeinen Schule sind Gegenstand der Schulgesetznovellierung.</p>
<p><b>mühsam:</b> Welche Ressourcen stellen Sie den allgemein bildenden Gymnasien für Inklusion und individuelle Förderung zur Verfügung, damit in diesen Bereichen nicht nur Alibiveranstaltungen stattfinden?</p>	<p>Es macht keinen Sinn, Schulen allgemein Ressourcen für "Inklusion" zur Verfügung zu stellen, weil es auf den Einzelfall ankommt. Da gibt es große Unterschiede. Wie wir das zukünftig gut hinkommen, besprechen wir mit den verschiedenen Verantwortungsträgern und werden das gesetzlich oder untergesetzlich auch regeln und absichern.</p>
<p><b>inklusion 2:</b> Wie werden Schulbegleitungen umgesetzt? Diese Kinder haben keinen sonderpädagogischen Förderbedarf.</p>	<p>Liebe Fragestellerin/lieber Fragesteller <b>inklusion 2</b>. Die Frage nach der Umsetzung von Schulbegleitungen muss von Fall zu Fall gesehen werden und kann daher in dieser Verallgemeinerung so nur schwer beantwortet werden. Es gibt Kinder mit Behinderungen, für die das Unterrichtsangebot der allgemeinen Schule das richtige ist, die aber der zusätzlichen Assistenz/Unterstützung bedürfen. Es gibt aber auch Kinder mit Behinderung, die über spezifische Bildungsangebote für sich zu</p>

	<p>einem Höchstmaß an Aktivität und Teilhabe gelangen. Teilweise benötigen diese Schülerinnen und Schüler zusätzlich Pflege- und Betreuungskräfte. Was im Einzelfall erforderlich ist, kann nur im Einzelfall entschieden werden.</p>
<p><b>St.Meinrad:</b> Was halten Sie von einer Flexibilisierung der Schulzeit am Gymnasium?</p>	<p>Das Projekt "Modularisierte Oberstufe" verfolgt einen interessanten pädagogischen Ansatz, bedarf aber einer Genehmigung als Schulversuch durch die Kultusministerkonferenz, da ein grundsätzlicher Eckpunkt zur Gestaltung der Kursstufe und der Abiturprüfung eine zweijährige Dauer der Qualifikationsphase ist.</p>
<p><b>hannelore schmidt:</b> Im Rahmen der Qualitätsentwicklung ist Weiterbildung erstrebenswert. Jedoch wird ein berufsbegleitendes Zusatzstudium (Aufbaustudiengang, Master, ...) o. Führungskräftefortbildung (außerhalb der Akademie Comburg) weder finanziell noch mit Zeit als Ressource unterstützt?</p>	<p>Hinweise auf die Weiterbildungsmaßnahmen des Wissenschaftsministeriums gibt es bei der Servicestelle Hochschule/Wirtschaft (mit Südwestmetall), es gibt ECTS-fähige Kontaktstudien, weiterbildender Bachelor im Entwurf der LHG-Novelle, eine Ausschreibung „Strukturen für berufsbegleitende Master“ etc., die alle über <a href="http://mwk.baden-wuerttemberg.de/">http://mwk.baden-wuerttemberg.de/</a> eruiert werden können. Außerdem bietet die Führungsakademie des Landes für Landesbedienstete ebenfalls interessante Weiterbildungen an: <a href="#">Führungsakademie Baden-Württemberg - Startseite</a></p>
<p><b>Leerer:</b> Haben Sie die Entwicklung der Schülerzahlen simuliert? Kann man diese Modelle einsehen? Waren alle Regionen von BW berücksichtigt?</p>	<p>Das Kultusministerium greift bei seinen Planungen auf die jeweils aktuelle Schülerzahlvorausrechnung des Statistischen Landesamts zurück. Informationen zur Systematik und zu den Ergebnissen der aktuellen Schülerzahlvorausrechnung aus dem Jahr 2010 sind im Internet unter folgenden Adressen abrufbar:</p> <p><a href="http://www.statistik-bw.de/Veroeffentl/Monatshefte/PDF/Beitrag10_03_01.pdf">http://www.statistik-bw.de/Veroeffentl/Monatshefte/PDF/Beitrag10_03_01.pdf</a></p> <p><a href="http://www.statistik-bw.de/Veroeffentl/Monatshefte/PDF/Beitrag10_04_02.pdf">http://www.statistik-bw.de/Veroeffentl/Monatshefte/PDF/Beitrag10_04_02.pdf</a></p> <p><a href="http://www.statistik-bw.de/Veroeffentl/Monatshefte/PDF/Beitrag10_09_01.pdf">http://www.statistik-bw.de/Veroeffentl/Monatshefte/PDF/Beitrag10_09_01.pdf</a></p> <p>Im Frühjahr jedes Jahres liegen dem Kultusministerium durch die sogenannten Lehrerberichte der öffentlichen allgemein bildenden Schulen im Geschäftsbereich des Kultusministeriums aktualisierte Werte zu den erwarteten Schülerzahlen im jeweils nächsten Schuljahr vor. Darin geben die Schulen nach Ihrem Kenntnisstand Prognosewerte zur Entwicklung der jeweiligen Schülerzahl ab. Für die beruflichen Schulen sind derzeit keine entsprechenden Aktualisierungen möglich, da hier die Schülerzahl auch wesentlich von Faktoren, wie z. B. der Konjunktur, abhängig ist.</p>
<p><b>Leerer:</b> Der ländliche Raum wird auch durch die derzeitige Einstellungspraxis von Lehrern benachteiligt. Wie bekommen</p>	<p>Speziell für Schulen im ländlichen Raum hat das Kultusministerium eine Sonderausschreibung eingerichtet. Schulen im ländlichen Raum können sehr früh (ab Februar) ohne die Konkurrenz von vermeintlich attraktiveren Standorten in Ballungsregionen</p>



<p>wir die besten Lehrer aufs Land? Sie haben die Vorab-Ausschreibungen leider sehr reduziert.</p>	<p>Stellen ausschreiben So können jedes Jahr qualifizierte Lehrkräfte für diese Schulen gewonnen werden. Das Volumen der Ausschreibung ist aber abhängig von den Prognosen zu freierwerdenden Stellen und den Bedarfen.</p>
<p><b>St.Meinrad:</b> Im Zweisäulenmodell - Gemeinschaftsschule, Gymnasium- kann das Gymnasium die Schule sein, die vor Ort den Schulabschluss Abitur auch für die Gemeinschaftsschule ermöglicht. Ist dann gedacht die Kursstufe flexibel in drei Jahren machen zu können, damit allen Schülern ein individueller Weg möglich wird?</p>	<p>Das Projekt "Modularisierte Oberstufe" verfolgt einen interessanten pädagogischen Ansatz, bedarf aber einer Genehmigung als Schulversuch durch die Kultusministerkonferenz, da ein grundsätzlicher Eckpunkt zur Gestaltung der Kursstufe und der Abiturprüfung eine zweijährige Dauer der Qualifikationsphase ist."</p>
<p><b>Blume:</b> Was sind die Gründe, warum derzeit keine weiteren 6-jährigen Beruflichen Gymnasien genehmigt werden?</p>	<p>Liebe/r Blume, die Entscheidung über einen weiteren Ausbau der sechsjährigen Beruflichen Gymnasien kann nicht isoliert, sondern nur in der Gesamtschau der Bildungsangebote insgesamt getroffen werden. Die allgemeine Haushaltslage erfordert einen ausgewogenen Umgang, um mit den vorhandenen Ressourcen alle bildungspolitischen Maßnahmen, die im Koalitionsvertrag vereinbart worden sind, umzusetzen. Ein weiterer Ausbau der sechsjährigen Beruflichen Gymnasien ist aus diesem Grund, trotz dem vielfachen Wunsch der Schulträger, derzeit noch nicht absehbar.</p>
<p><b>Blume:</b> Im Koalitionsvertrag steht, dass die Regierung die Beruflichen Gymnasien weiter stärken will. Auf der anderen Seite werden derzeit keine weiteren 6-jährigen Gymnasien genehmigt. Das widerspricht sich doch!?</p>	<p>Liebe/r Blume, im Schuljahr 2012/13 wurden 50 neue Eingangsklassen an den Beruflichen Gymnasien der dreijährigen Aufbauform eingerichtet. Mit dieser schulpolitischen Maßnahme wurde das Angebot der erhöhten Nachfrage nach diesem Bildungsgang angepasst und die Beruflichen Gymnasien insgesamt gestärkt. Darüber hinaus sind 15 neue Berufliche Gymnasien der sechsjährigen Aufbauform eingerichtet worden. Ein weiterer Ausbau der Beruflichen Gymnasien der sechsjährigen Aufbauform kann nur in der Gesamtschau der Bildungsangebote insgesamt und insbesondere unter Einbeziehung der ressourcenmäßigen Gegebenheiten erfolgen.</p>
<p><b>providence:</b> Warum werden die Gemeinschaftsschulen bevorzugt? Sie bekommen mehr Lehrerstunden, die uns anderen Schularten abgezogen werden! Wir haben fast 400 Kinder in der Grundschule und keinen Ergänzungsbereich. Das darf nicht sein.</p>	<p><b><u>GMS-Zuweisung</u></b> An der GMS Sek I werden die Schüler auf alle Bildungsabschlüsse (HS, mittlerer Abschluss, Abitur) vorbereitet. Hierzu benötigt die GMS zusätzliche Unterstützungs-/Lernzeiten.  Die Ressourcen werden nicht den anderen Schularten weggenommen. Vielmehr wurden im GHWRS-Bereich die verfügbaren Ressourcen aus dem Ergänzungsbereich für neue bildungspolitische Maßnahmen eingesetzt, wie z. B. die Weiterbeschäftigung der Pädagogischen Assistenten oder die verbindliche Kooperationsstunde KiTa-GS.</p>

**Förderstunde für Grundschulen:**

Der Förderung von Kindern mit besonderen Schwierigkeiten im Lesen und Rechtschreiben und Mathematik misst das KM hohe Bedeutung zu. Deshalb strebt das KM an, verlässliche Förderstunden für Grundschulen schrittweise in den Pflichtbereich zu übernehmen. Es soll vermieden werden, dass beispielsweise Angebote für Kinder mit Förderbedarf an einer Schule gestrichen werden müssen, wenn eine Lehrkraft langfristig ausfällt.